

25. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Juni 2001

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1124
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1124

Fragestunde

- 2. Hickhack um Impuls- und ProKIDS-Fördergelder für Kinder- und Jugendprojekte**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Mai 2001 1125
- 3. Arbeitsplatzeffekte durch Bau der Messehalle 7**
Anfrage der Abgeordneten Jägers, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 21. Mai 2001 1126
- 4. Unzureichende Informationen durch das Bauressort**
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. Mai 2001 1128
- 5. Brände auf der Blockland-Deponie**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Mai 2001 1129
- 6. Eindampf- und Feuerungsanlage der BREWA Umwelt-Service GmbH, ehemals BWK, auf dem Grundstück Landrat-Christians-Straße 95**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Mai 2001 1129
- 7. Aktuelle Situation des Zelt- und Materiallagers des Bremer Jugendrings**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2001 1131
- 8. Schilderwald**
Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juni 2001 1131

9. Straßenbenennung

Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 7. Juni 2001 1133

10. Rattenplage in Fähr-Lobbendorf

Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 7. Juni 2001 1134

11. Baumaßnahmen an den Straßenbahnhaltstellen Obernstraße und Hutfilterstraße

Anfrage der Abgeordneten Steinberg, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2001 1134

12. Förderbedarfe in kommunalen Kindertagesheimen

Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 11. Juni 2001 1135

13. NPD-Aufmarsch in Bremen-Nord

Anfrage der Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 12. Juni 2001 1136

Aktuelle Stunde 1138

Achtes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/311 S) 1138

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28 vom 22. Mai 2001

(Drucksache 15/312 S) 1138

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 vom 12. Juni 2001

(Drucksache 15/325 S) 1138

Vorhaben- und Erschließungsplan 17 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für den Bau der „Botanika im Park“ im Rhododendronpark in Bremen-Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/314 S) 1138

Bebauungsplan 1240

für ein Gebiet in Bremen-Vegesack und Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße, Lindenstraße, Fröbelstraße, Ulrichs Helgen, Schulkenstraße, Weser und Blumenthaler Aue

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/315 S) 1139

Bebauungsplan 1346 mit Deckblatt

Änderung des Bebauungsplanes 1917 Blatt 1 gemäß § 13 Baugesetzbuch für ein Teilgebiet in Bremen-Neustadt westlich des Flughafendamms

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/316 S) 1139

Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt

für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet in Bremerhaven zwischen Wurster Straße, Cherbourger Straße, Neuer Aue, nördlich Franziusstraße, Am Erzhafen, Am Nordhafen, Senator-Borttscheller-Straße und Wasserlöse

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/317 S) 1139

Flächennutzungsplan Bremen

4. Änderung

nach der Neubekanntmachung - Fassung Mai 2001 - (ehemals 26. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983) - Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven (Carl-Schurz-Kaserne und Weserportsee) -

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/320 S) 1139

Bebauungsplan 2156 mit Deckblatt

für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Hohweg, Güterverbindungsbahn Utbremen, Fleetstraße - einschließlich, zum Teil beiderseits - und Papengeerenweg

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/318 S) 1140

Bebauungsplan 2204 mit Deckblatt

für das Gebiet in Bremen-Walle zwischen Steffensweg, Bremerhavener Straße und Elisabethstraße

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/319 S) 1140

Beiräte stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
 vom 5. Juni 2001
 (Drucksache 15/321 S)

Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
 vom 5. Juni 2001
 (Drucksache 15/322 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Juni 2001
 (Drucksache 15/332 S)

Beiräte durch konkrete Maßnahmen stärken

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 19. Juni 2001
 (Drucksache 15/331 S)

Abg. Frau Möbius (SPD)	1140
Abg. Pflugradt (CDU)	1141
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	1143
Abg. Pflugradt (CDU)	1145
Abg. Frau Möbius (SPD)	1147
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1147
Senator Dr. Schulte	1148
Abstimmung	1149

Richtungswechsel für die Umgestaltung des Rembertikreisels und angrenzender Quartiere

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 5. Juni 2001
 (Drucksache 15/323 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1150
Abg. Dr. Sieling (SPD)	1152
Abg. Pflugradt (CDU)	1153
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1154
Abg. Dr. Sieling (SPD)	1155
Senatorin Wischer	1155
Abstimmung	1157

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/330 S)

Staatsrat Metz	1157
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	1158
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	1159
Abg. Herderhorst (CDU)	1159
Abstimmung	1160

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Busch, Frau Emigholz, Focke, Frau Hammerström, Jägers, Kottisch, Dr. Lutz, Neumeyer, Dr. Schrörs, Frau Speckert, Frau Windler, Frau Ziegert.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 25. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Beiräte durch konkrete Maßnahmen stärken, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juni 2001, Drucksache 15/331 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den Tagesordnungspunkten zwölf und 13, hier geht es ebenfalls um die Beiräte, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist die Stadtbürgerschaft einverstanden.

2. Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro, Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2001, Drucksache 15/330 S.

Der Senat hat in seinem Schreiben mitgeteilt, dass das ursprüngliche Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes, Drucksache 15/326 S, zurückgezogen wird. Da der Senat darum gebeten hat, die Mitteilung Drucksache 15/330 S heute noch behandeln zu lassen, lasse ich zunächst darüber abstimmen.

Wer mit der Behandlung dieses Ortsgesetzes während der heutigen Sitzung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Stadtbürgerschaft ist dann damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Entwicklung des unbebauten Areals auf dem Teerhof Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001 (Drucksache 15/324 S)
2. Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2001 (Drucksache 15/327 S)

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Mittelabfluss aus dem Stadtreparaturfonds Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. Februar 2001 Dazu Antwort des Senats vom 22. Mai 2001 (Drucksache 15/313 S)
2. Raumbedarf von Kulturprojekten/Bibliotheksiniciativen und der Volkshochschule in Schulgebäuden Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. April 2001 Dazu Antwort des Senats vom 12. Juni 2001 (Drucksache 15/328 S)
3. Gesundheits- und Umweltschutz im Siemens-Hochhaus Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Mai 2001
4. Investitionen für nach dem Landeskrankenhausplan geförderte Krankenhäuser in der Stadtgemeinde Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. Juni 2001
5. Probleme von Eltern-Kind-Gruppen in Bremen Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2001

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar erstens zur Verbindung der Petitionsausschussberichte Nummer 28 und Nummer 29, zweitens der Tagesordnungspunkte acht und elf, Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt und Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen, und drittens des Tagesordnungspunktes zwölf, Beiräte stärken, mit 13, Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter.

Nachträglich, meine Damen und Herren, wurde interfraktionell vereinbart, zu dem Punkt außerhalb der Tagesordnung „Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes“ eine Debatte zu führen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage eins, die sich auf die Attraktivitätssteigerung für Woltmershausen durch Nutzung des Kartoffelbunkers bezieht, wurde zwischenzeitlich von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Hickhack um Impuls- und ProKIDS-Fördergelder für Kinder- und Jugendprojekte**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ab wann können die zahlreichen Bremer Kinder- und Jugendprojekte, die Impulsgelder und/oder ProKIDS-Mittel beantragt haben, mit einem Zuwendungsbescheid rechnen?

Zweitens: Ist dem Senat bekannt, dass in einigen Fällen bei weiterer Entschädigungsverzögerung Drittmittel verloren gehen und somit die beantragten Konzepte für Kinder- und Jugendprojekte nicht realisiert werden können?

Präsident Weber: Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beabsichtigt, dem Jugendhilfeausschuss für die Sitzung am 28. Juni 2001 einen Fördervorschlag zum Programm ProKIDS für das Jahr 2001 vorzulegen, der in einem ersten Schritt Maßnahmen bis zu einer Gesamthöhe von 300.000 DM ermöglicht. Entsprechende Beschlussfassung vorausgesetzt, können die Träger von beantragten Maßnahmen und Projekten im Juli 2001 Zuwendungsbescheide erhalten. Über den Betrag von nochmals 300.000 DM wird gegebenenfalls im Zusammenhang mit angekündigten Impulsgeldern entschieden werden. Es wird angestrebt, den Jugendhilfeausschuss über die weiteren Mittel in einer zweiten Vergaberunde im Herbst 2001 entscheiden zu lassen.

Zu zwei: Dem Senat ist bekannt, dass in vier Fällen, Kinder- und Jugendfarm Tenever, Spielhaus Herbststraße, Familienzentrum Bockhorn, Kinder- und Jugendhaus Warturm, Stiftungs- beziehungsweise Beiratsmittel unter dem Vorbehalt zugesagt worden sind, dass die Gesamtfinanzierung zu einem bestimmten Termin gesichert sein muss. Der Senat geht davon aus, dass die Entscheidungen über hierfür benötigte Mittel rechtzeitig getroffen werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, was heißt „rechtzeitig getroffen werden“? Das war eben die letzte Bemerkung von Ihnen!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Dass sie rechtzeitig, bevor eventuell andere Mittel verfallen, auch über Entscheidungen aus dem Bereich Soziales verfügen und über Impulsgelder!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Welche Position nimmt der Senat hinsichtlich der Impulsgelder ein? Vor nicht allzu langer Zeit wurde darüber gesprochen, dass eine Kulturstiftung angedacht worden sei, und auf der anderen Seite bestehen die Absichten, Kinder- und Jugendprojekte und soziale Einrichtungen in den Stadtteilen zu fördern. Gibt es jetzt eine Positionsfestlegung des Senats?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Sie wissen, dass über die Festlegung der Impulsgelder im parlamentarischen Raum entschieden werden soll. Der Senat hat dazu keine abgestimmte Position.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Arbeitsplatzeffekte durch Bau der Messehalle 7**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Jägers, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Anteile am Gesamtbau, Rohbau und Ausbau bitte möglichst getrennt, der Halle 7 werden von Werkvertragsunternehmen erbracht?

Zweitens: Sind die eingesetzten Werkvertragsarbeitnehmer, wie gesetzlich und tarifvertraglich vorgesehen, rechtzeitig den Sozialkassen der Bauwirtschaft gemeldet worden?

Drittens: Wurde seitens des Bauherrn auf die Baufirmen eingewirkt, um den Arbeitskräftebedarf vom heimischen Arbeitsmarkt zu decken?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Diese Anteile lassen sich derzeit noch nicht ermitteln, da noch keine Vergabe des gesamten Projektes stattgefunden hat. Bisher sind erst die erweiterten Rohbauarbeiten vergeben

worden. Diesen Auftrag hat eine bremische Arbeitsgemeinschaft aus vier Unternehmen erhalten, und zwar die Arbeitsgemeinschaft mit den Firmen Karl A. Müller, Bauunternehmung GmbH und Co. KG, B. Kathmann Bauunternehmung GmbH und Co. KG, Kurt Zech GmbH und Conradi und Stieda GmbH. Darüber hinaus ist ein Auftrag für die Förderanlagen, Aufzüge, an das Unternehmen Roland Aufzüge erteilt worden. Der Anteil der Rohbaumaßnahmen am Gesamtbauvorhaben beträgt ungefähr ein Drittel der Gesamtinvestitionssumme, davon sind jetzt erst zirka 15 Prozent ausgeführt.

Zu Frage zwei: Schon im Rahmen der Angebotsbearbeitung ist jeder Bieter verpflichtet, wahrheitsgemäße Angaben über das Einhalten der Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung abzugeben. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Rohbau Messehalle 7 vom 29. Mai 2001 sind die eingesetzten Werkvertragsarbeitnehmer der aktuellen Subunternehmerliste, ich zitiere, „nach unserer Prüfung anhand der vorliegenden Unterlagen, wie gesetzlich und tarifvertraglich vorgesehen, den Sozialkassen der Bauwirtschaft gemeldet worden“.

Zu Frage drei: Das europäische Wettbewerbsrecht lässt ein Einwirken zugunsten nationaler beziehungsweise regionaler Unternehmen nicht zu. Die gesamte Bauleistung ist europaweit auszuschreiben und gemäß den Feststellungen des europäischen Vergaberechts zu vergeben. Die HVG hat sich als öffentlicher Auftraggeber bei solchen Projekten an die Ausschreibungsverfahren zu halten.

Das Ausschreibungsverfahren hat ergeben, dass die Arbeitsgemeinschaft Rohbau Messehalle 7 das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Sie hat deshalb den Zuschlag für die Rohbauarbeiten erhalten. Nach Angabe der Arbeitsgemeinschaft im oben schon zitierten Schreiben kommen bis auf wenige Ausnahmen alle im Rohbau der Messehalle 7 beteiligten Firmen aus Bremen oder dem niedersächsischen Umland. In diesen Firmen sind zum großen Teil in Deutschland ansässige Arbeitnehmer beschäftigt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Senator, vor dem Hintergrund auch der öffentlich bekannt gewordenen Fakten, wie ist denn da Ihre Einschätzung der Situation auf der Baustelle?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Wir tun alles, was rechtlich notwendig ist. Wir haben, und das wird eingehalten nach unseren Feststellungen, veranlasst und mitgewirkt, dass eine Prüfung vorgenommen wurde, zuständig sind das Hauptzollamt und das Arbeitsamt. Eine solche Prüfung hat am 1. Juni stattgefunden und keine Beanstandungen ergeben. Arbeitnehmer sind auch nicht immer illegale Arbeitnehmer, sondern in Deutschland ansässige Arbeitnehmer. Subunternehmer sind normal in diesem Geschäft.

Sie kennen, Herr Dr. Sieling, den verfassungsrechtlichen Hintergrund. Es gibt ja das Berliner Vergabegesetz, das durch den Bundesgerichtshof an das Bundesverfassungsgericht weitergegeben worden ist. Es macht daher, so wünschenswert das wäre, keinen Sinn, jetzt eine isolierte Gesetzgebung zu betreiben, sondern es ist sinnvoll, die Dinge im Bund weiter gestalten zu lassen und dann in Bremen entsprechend zu reagieren.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Ich möchte doch noch einmal auf die Baustelle direkt zurückkommen! Ihnen wird sicherlich in Ihrem Haus vorgetragen worden sein, dass dort Arbeitnehmer beschäftigt waren, die nicht der Sozialkasse gemeldet gewesen sind. „Buten un binnen“ war zu entnehmen, sozusagen richtig live von einem Arbeitnehmer, der von 18 DM Lohn sprach, und das liegt unter dem Mindestlohn. Wie bewerten Sie so etwas?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Herr Dr. Sieling, ich gehe davon aus, dass wir beide schnell einig sind, dass wir nicht für die Tarifvertragsgestaltung zuständig sind und dass wir auch Unternehmer und Unternehmen, die am Bau tätig sind, nicht so zu kontrollieren haben, als seien wir die Ausführenden. Aber das schicke ich nicht vorweg, um eine Einschränkung meiner Antwort zu geben, sondern wir tun alles, was möglich ist, indem wir zunächst auf vertragliche Gestaltung hinwirken, indem wir darauf achten, dass die Zuständigen, ich darf wiederholen, das Arbeitsamt und das Hauptzollamt, unangemeldete Kontrollen vornehmen und indem wir immer wieder darauf hinweisen, dass Bedingungen und Bestimmungen gesetzlicher und vertraglicher Art einzuhalten sind.

Ich wäre aber auch dankbar, wenn Sie nun die Verantwortung für das Unternehmen und den Bau selbst nicht dem Wirtschaftssenator anlasteten. Die Verantwortung kann er nicht übernehmen, un-

beschadet dessen, dass er alles tut, was möglich ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Für tarifvertragsrechtliche Fragen ist schon Politik auch zuständig, aber hier geht es doch stärker um wirtschaftspolitische Fragen. Wir müssen doch alle gerade aus marktwirtschaftlicher Sicht ein Interesse haben, dass einheitliche Wettbewerbsbedingungen gegeben sind. Dafür bedarf es doch ganz offensichtlich auch vergebarechtlicher Lösungen. Wie sehen Sie das denn?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Da sind wir auch wieder einer Meinung, uneingeschränkt ist mein Interesse mit Ihrem Interesse identisch. Nur, ich kann nur noch einmal sagen, ich muss mich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bewegen, das heißt, vertraglich dafür sorgen, dass Gesetze beachtet werden, über Stichproben dafür sorgen, dass festgestellt wird, dass die vertragliche Gestaltung und die Zusagen, die dort gegeben werden, eingehalten werden. All das tun wir.

Im Übrigen kann eine weitergehende gesetzliche Regelung nur bundeseinheitlich erfolgen, nachdem das Bundesverfassungsgericht diese Frage geklärt hat. Sie muss auch die europarechtlichen Richtlinien beachten. Ich wiederhole mich jetzt, damit sind meine Möglichkeiten erschöpft, sie werden aber auch genutzt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Weil Sie jetzt ein zweites Mal das Bundesverfassungsgericht und das Berliner Gesetz ansprachen: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben die Länder Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen - Bayern hatte daneben schon lange ein Vergabegesetz - Vergabegesetze neu verabschiedet. Wir haben hier in Bremen auch einen Gesetzentwurf entwickelt, der auch in die Abstimmung gegeben wurde. Werden Sie darauf hinwirken, dass Ihr Ressort auch eine positive Stellungnahme dazu abgibt und das vorantreibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Wir können jetzt darüber streiten, ob es Sinn macht, im Land Bremen eine Regelung zu treffen, einmal unbeschadet ihrer Wirksamkeitsfähigkeit, wenn beim Bundesverfassungsgericht diese Frage geprüft wird. Das ist ja auch eine

Frage, die vom unmittelbaren Anlass gelöst in einen rechtlichen Kontext genommen werden muss. Ich bin etwas zurückhaltender als Sie bei einem Vorgang, der verfassungsrechtlich offensichtlich Probleme macht, nun ein *Fait accompli* zu machen. Ich kann das nur so sagen. Wir sind da eben unterschiedlicher Meinung, aber ich hoffe, dass Sie meine als eine sachbezogene respektieren.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Dürfen wir aber sozusagen als Mindestebene hier im Haus davon ausgehen, dass Sie jetzt etwas genauer auf Situationen in Baustellen sehen werden, ob sie den Vergaben aus dem Wirtschaftsressort entsprechen, weil das, glaube ich, etwas mit dem guten Ruf Bremens zu tun hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Die sprachliche Unterstellung „jetzt etwas genauer“ gilt auch für die Vergangenheit. Wir sind genau, wir arbeiten genau, und wir achten darauf, dass das Problem im einvernehmlichen Sinne gelöst wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Das ist schön, Herr Senator, dass Sie das tun! Weil wir doch im erheblichen Umfang auch öffentliche Aufträge vergeben und unsere Haushaltslage bekannt ist, muss man insofern wirklich darauf achten, dass das auch wirklich der Wirtschafts- und Steuerkraft dient. Das ist ja das, worüber wir uns von Seiten des Senats und des Parlaments völlig einig sind, dass das ganz wichtig ist für unser Land.

Vor kurzem, ich glaube, erst vor zwei Wochen, hat der Senat diese Vereinbarung zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung beschlossen mit entsprechender Ausstattung auch mit Personal. Nur würde ich doch gern wissen, wie Sie darauf achten wollen, weil wir auch über die Wirtschaftsförderungsausschüsse und über die Deputationen öffentliche Aufträge vergeben, wie Sie sich jetzt konkret die Überwachung und Einhaltung dieser Vereinbarung vorstellen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Konkret war ja angesprochen, dass wir einen Bilanzbuchhalter zur Verfügung stellen. Den haben wir nicht im Haus. Bis wir ihn

haben, haben wir wahrscheinlich andere Regelungen, also sorgen wir dafür, und damit beantworte ich hoffentlich Ihre Frage, dass von meinem Haus eine hinreichende, zuständige und möglichst qualifizierte Kraft zur Verfügung gestellt wird, um diesen Beschluss mitzutragen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, darf ich jetzt zwei Gruppen begrüßen, die hier auf den Rängen Platz genommen haben, zum einen Bewohnerinnen und Bewohner des Stiftungsdorfs Rablinghausen, Wohnanlage der Bremer Heimstiftung, und zum anderen Besucherinnen und Besucher der AWO-Begegnungsstätte in Woltmershausen.

Herzlich willkommen hier im Parlament!

(Beifall)

Die vierte Anfrage verlangt Auskunft vom Senat über die **unzureichenden Informationen durch das Bauressort**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Weshalb hat die Senatorin für Bau und Umwelt es versäumt, das so genannte Hochhausgutachten bis zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Frage, also bis zum 21. Mai 2001, den Mitgliedern der Baudeputation zuzustellen, obwohl der gesamten Presse das Gutachten zur Verfügung stand?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Aus Anlass einer Interview-Anfrage zum Entwurf des Hochhausgutachtens hat die Senatorin für Bau und Umwelt kurzfristig am 15. Mai 2001 mit einer Pressemitteilung über die wesentlichen Inhalte Stellung genommen. Im weiteren Verlauf wurde es versehentlich versäumt, den Mitgliedern der Deputation für Bau zeitnah ein Exemplar der Studie zuzustellen. Dies ist zwischenzeitlich korrigiert worden. Ich füge hinzu, ich bedauere diese Panne.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Brände auf der Blockland-Deponie**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie oft haben auf dem Vorbehandlungsplatz der ANO welche Abfälle gebrannt?

Zweitens: Welche Schadstoffe sind jeweils bei diesen Bränden entstanden, und welche sind mit dem Löschwasser in den Deponiekörper gesickert?

Drittens: Wie beurteilt der Senat diese Abfallagerung, mit der zum Teil sehr starke Brände in Kauf genommen werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Nach den betrieblichen Aufzeichnungen der BEB hat es auf der verpachteten Teilfläche bisher zwei Brände gegeben, Oktober 1999 und Mai 2001, bei denen die Feuerwehr Bremen eingeschaltet werden musste. In beiden Fällen handelte es sich bei dem Brand um Sperrabfälle aus Haushaltungen und Gewerbe, die noch nicht durch die Zerkleinerungsanlage vorbehandelt waren.

Zu Frage zwei: Bei den Bränden wurden seitens der Feuerwehr Messungen hinsichtlich der Luftschadstoffbelastung vorgenommen. Danach lag eine Gefährdung der Wohnbevölkerung oder sonstige Gefahren nicht vor. Schadstoffuntersuchungen des Löschwassers wurden nicht vorgenommen, da vorrangig das Ziel der Brandbekämpfung verfolgt wurde. Daher können auch keine Aussagen über mögliche Schadstoffeinträge in das Löschwasser und damit in den Deponiekörper getroffen werden. Das angebrannte Material und die Verbrennungsreste wurden aufgenommen und in dem Müllheizwerk ordnungsgemäß beseitigt.

Zu Frage drei: Mit dem Betrieb einer Deponie ist immer das Risiko von Deponiebränden verbunden. Die Abfallvorbehandlung, in diesem Fall auf der Deponie, ist erforderlich, da die Vorbehandlungsanlage des Müllheizwerkes noch nicht stationär installiert ist, ein entsprechender Antrag ist allerdings inzwischen gestellt worden. Die Vorbe-

handlung der nicht unmittelbar verbrennbaren Abfälle auf der Deponie ist gegenüber einer Ablagerung der Abfälle die umweltverträglichere Lösung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist es dann richtig, dass Sie auch kein Wissen darüber haben, welche Auswirkungen das Löschwasser mit den Schadstoffen möglicherweise auf das Sickerwasser hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein, das kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Dazu wurden auch keinerlei Messungen durchgeführt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nach meinem Kenntnisstand nein, aber ich will dem gern nachgehen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Eindampf- und Feuerungsanlage der BREWA Umwelt-Service GmbH, ehemals BWK, auf dem Grundstück Landrat-Christians-Straße 95**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Mit welcher Begründung wurden bei der Änderungsgenehmigung der Eindampf- und Feuerungsanlage als Sonderabfallverbrennungsanlage die aus der Testphase abgeleiteten gutachterlichen Empfehlungen nicht vollständig umgesetzt?

Zweitens: Warum erfolgt im Rahmen der Emissionsüberwachung nicht die nach Paragraph 13 der 17. Bundes-Immissionsschutzverordnung vorgeschriebene Anzahl von Einzelmessungen, insbe-

sondere hinsichtlich Schwermetallen, Dioxinen, Furanen und Quecksilber?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Eindampf- und Feuerungsanlage wurde entsprechend der Ziffer 1.3 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes genehmigt. Es handelt sich hierbei um eine Feuerungsanlage für den Einsatz anderer als in der Ziffer 1.2 der 4. Verordnung genannten Regelbrennstoffe. Der Hauptzweck der Anlage ist die Erzeugung von Wärme. Die Mitverbrennung beziehungsweise Mitbehandlung von Abfällen in dieser Anlagenart ist zulässig. Bei der Genehmigung wurde darauf geachtet, dass nur solche Abfälle zugelassen werden, die zu keiner signifikanten Erhöhung der Emissionen führen.

Alle emissionsrelevanten Empfehlungen des Gutachters wurden übernommen. Die Frage, ob und welche gutachterlichen Empfehlungen in einen Genehmigungsbescheid aufgenommen werden, wird von der Genehmigungsbehörde aufgrund eigener Fachkompetenz entschieden. Zur Genehmigung gehört als Anhang zwei das Gutachten der Firma Bregau vom April 1999. Hinsichtlich Umfang und Bewertung der vorzulegenden Analysedaten verweist die Genehmigung in Ziffer 2.1 auf Anlage zwei, die diesem Gutachten entnommen wurde. Die Genehmigungsbehörde nimmt, gestützt auf die gutachterlichen Empfehlungen, eine fachliche Bewertung vor. Die Behörde kann zu einer vom Gutachter abweichenden Auffassung gelangen und, wie in diesem Fall beim Quecksilber geschehen, sogar über die ursprünglichen Forderungen des Gutachters hinausgehen.

Zu zwei: Im Genehmigungsbescheid vom 16. März 2000 erfolgt in den Messauflagen ein dynamischer Verweis auf die Regelungen der 17. BImSchV. Die Regelung in Paragraph 13 richtet sich direkt an den Betreiber. Das bedeutet, dass immer die jeweils geltende Fassung vom Betreiber zu beachten ist.

Am 29. Juli 1997 wurde die Versuchsgenehmigung zur Mitverbrennung anderer flüssiger brennbarer Abfälle erteilt und am 24. Januar 2000 verlängert, um dann am 16. März 2000 in eine Dauergenehmigung umgewandelt zu werden. Im Rahmen der erteilten Versuchsgenehmigungen wurden von 1997 bis 1999 zahlreiche begleitende Messungen durchgeführt. Diese Messungen sollten Aufschluss über mögliche Veränderungen im Emissionsverhalten der Anlage geben und dienen

gleichzeitig der Überprüfung der gutachterlichen Aussagen. Den gleichen Zweck verfolgt die neue Regelung in Paragraph 13 der 17. BImSchV mit der erhöhten Messhäufigkeit nach Inbetriebnahme oder wesentlicher Änderung. Diese in der novellierten Verordnung inzwischen vorgeschriebenen Messungen erfolgten sogar schon vor Inkrafttreten im Rahmen des Versuchsbetriebes. Insofern wurde dem Sinn dieser neuen Regelung bereits vor dem Inkraft-Treten der novellierten 17. BImSchV Rechnung getragen.

Da nach obigen Darlegungen die tatbestandlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme gemäß Paragraph 19 der 17. BImSchV vorgelegen haben, das heißt, eine solche Ausnahme ohnehin hätte erteilt werden müssen, wurde aus diesem Grund, insbesondere unter dem Gesichtspunkt von Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit, auf die Wiederholung dieser Messungen verzichtet, zumal sie keinen weiteren Erkenntnisgewinn zur Folge gehabt hätten. Zur Beurteilung des Emissionsverhaltens der Anlage liegen mit Ausnahme der Quecksilberemissionen, die durch ein ergänzendes Messprogramm weiterhin untersucht werden, ausreichend belastbare Messergebnisse vor.

Wie bereits in der Antwort der Drucksache 15/293 der Bremischen Bürgerschaft zu Frage drei ausgeführt, erstreckt sich die jährliche Wiederholungsmessung auf alle Komponenten der 17. BImSchV. Die jährliche Wiederholungsmessung ist für den September 2001 vorgesehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Das bezieht sich auf das Problem, dass es dort auch erhebliche Belästigungen, insbesondere Geruchsbelästigungen, in der Nacht gibt, über die die Anwohner sehr stark klagen, und zusammenhängend damit, dass auch Gutachterempfehlungen nicht umgesetzt worden sind. Hier die Frage, inwieweit das Gewerbeaufsichtsamt dem vielleicht noch einmal nachgehen würde!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kannte diesen Punkt nicht. Ich will das aufnehmen und das Gewerbeaufsichtsamt bitten, diese Frage der Geruchsbelästigung noch einmal zu prüfen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, begrüße ich auf dem Zuschauerang Herrn Peter Blumenthal und Frau Ivonne. Sie sind zu Besuch in Bremen bei Familie Helmut Volzenlogel. Die jüdische Familie Blumenthal lebte bis Ende 1933 in Walle, Geestemünder Straße. Sie emigrierten nach der Machtergreifung nach Holland und überlebten versteckt auf einem Dachboden die braune Diktatur. Herr Volzenlogel erfuhr die Adresse seines Schulfreundes von der Jüdischen Gemeinde in Bremen. Beide, Peter Blumenthal und Helmut Volzenlogel, besuchten in den zwanziger Jahren die Versuchsschule an der Helgolander Straße.

Ich wünsche Ihnen bei der Spurensuche angenehme Tage in Bremen!

(Beifall)

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Aktuelle Situation des Zelt- und Materiallagers des Bremer Jugendrings**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um den reibungslosen Zelt- und Materialverleih an Kinder- und Jugendverbände und die Durchführung der Sommerfreizeiten 2001 nicht zu gefährden?

Zweitens: Warum hat der Senat bis heute keine Lösung für die weitere personelle Absicherung des Zelt- und Materiallagers des Bremer Jugendrings vorgelegt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Bremer Jugendring ist Träger des Zelt- und Materiallagers. Die personelle Betreuung des Verleihes von Zelten und Fahrtenmaterial für die Sommerfreizeiten 2001 wird von ihm durch eine Aushilfskraft sichergestellt, nachdem die bisherige ABM-Lösung nicht nochmals verlängert werden konnte. Die Einnahmen aus dem Verleih reichen auf Dauer nicht aus, um die personelle Be-

treuung und die notwendigen Instandsetzungen und Ersatzbeschaffungen daraus abzusichern.

Zu zwei: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hält das Zelt- und Materiallager des Bremer Jugendrings für eine wichtige zentrale Serviceleistung zur Unterstützung der mit großem ehrenamtlichen Engagement betriebenen Aktivitäten der Jugendverbände. Er hat daher bereits im Sommer 2000 mit Zustimmung des Jugendhilfeausschusses im Zusammenhang mit dem Anpassungskonzept für die Kinder- und Jugendförderung geregelt, dass dem Bremer Jugendring ein jährlicher Zuwendungsbetrag in Höhe von bis zu 25.000 DM in Aussicht gestellt wird, falls anderweitig keine Absicherung erreicht werden kann. Für das laufende Jahr wurde ein Förderantrag des Bremer Jugendrings angekündigt, der aber bislang noch nicht vorliegt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie beabsichtigen, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, weiterhin eine personelle Absicherung des Zelt- und Materiallagers über Honorarkräfte zu finanzieren?

(Senatorin Adolf: So wie wir das im Jugendhilfeausschuss beschlossen haben!)

So wie es im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde! Aber der Jugendring hat ja bislang noch keine Signale aus Ihrer Behörde erhalten. Oder haben Sie da gegenläufige Signale bekommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich habe die Information, dass ein Antrag angekündigt worden ist, dass er aber noch nicht vorliegt. Ich habe vorhin noch einmal nachgefragt, ob er nun heute vorliegt, weil diese Antwort schon von vor einer Woche datiert, glaube ich, aber er liegt bis heute nicht vor. Ich warte auf den Antrag.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Schilderwald**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Schilder mit den Warnhinweisen „Schäden im Gehweg“, „Straßenschäden“ oder ähnlichen Bezeichnungen stehen in den einzelnen Ortsamtsbereichen?

Zweitens: Was kostet die Aufstellung eines Schildes?

Drittens: Aus welchen Haushaltsstellen/Produktgruppen werden die Schilder finanziert, und welche Summen wurden dafür 1999, 2000 und 2001 aufgewendet?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die exakte Zahl der in allen einzelnen Ortsamtsbereichen aufgestellten Verkehrsschilder, VZ 101 mit Warnhinweis auf Straßenschäden, ist vom Amt für Straßen und Verkehr bislang nicht erfasst worden. Um zukünftig eine zuverlässige Aussage über die Zahl der aufgestellten Schilder treffen zu können, ist beabsichtigt, im Zuge der Ermittlung des Straßenzustandes schrittweise die aufgestellten Verkehrsschilder in den einzelnen Unterhaltungsbezirken zu erfassen.

Zu Frage zwei: Die Kosten für die Aufstellung eines Schildes betragen zirka 250 DM.

Zu Frage drei: Die Finanzierung erfolgt über die Haushaltsstelle 3687/521 30 - 6, Unterhaltung der Straßen. Die Aufwendungen beziehungsweise Ansätze hierfür beliefen sich auf zirka 36.000 DM in 1999, auf zirka 40.000 DM in 2000 und auf zirka 114.000 DM in 2001.

Die Zunahme der Beschilderungen ist neben einem sich verschlechternden Zustand der Straßen und Nebenanlagen, insbesondere in Wohngebieten der Außenbezirke, auch damit zu erklären, dass einzelne Bezirksingenieure dazu übergegangen sind, in stärkerem Maße auf Straßenschäden durch entsprechende Schilder aufmerksam zu machen. Diese Praxis wurde ergriffen, da gegen einzelne verantwortliche Bezirksingenieure in den vergangenen Jahren wegen angeblicher Verletzung der Verkehrssicherungspflicht Vorermittlungen eingeleitet wurden.

Das Amt für Straßen und Verkehr beabsichtigt, im Zuge der Erfassung des Straßenzustandes sowie der Erfassung der Straßenschilder zukünftig ein

einheitlicheres Verfahren in den Unterhaltungsbezirken sicherzustellen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Ihnen ist ja bekannt, dass die Baudeputation etwa 1,5 Millionen DM für ein Gutachten ausgegeben hat mit dem neudeutschen Namen Pavement Management System, das ja den Straßenzustand aller bremischen Straßen untersuchen sollte. Es sollte vor allen Dingen dafür eine Grundlage bilden, den zeitlich günstigsten Punkt herauszufinden, um Straßen optimal zu sanieren. Wie sehen Sie das im Verhältnis, denn aus Ihren Zahlen geht ja eindeutig hervor, dass statt Straßen zu reparieren, eindeutig mehr Schilder aufgestellt werden? Wie sehen Sie da das Verhältnis von Geld, das wir für solch ein Gutachten ausgeben, und dem Umstand, dass Straßen offensichtlich in zunehmendem Maße in Bremen verfallen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Sie wissen, dass wir dieses Gutachten in Auftrag gegeben haben, um hier am Ende, vergleichbar - und das ist ja in Bearbeitung - zu den Fragen der bremischen Liegenschaften, auch die Straßen als einen Teil Bremer Vermögens zu betrachten, um auf diese Art und Weise die zeitnahen Investitionen in den Straßenbau besser durchführen zu können, als das bisher aufgrund der jeweiligen Haushaltssituation möglich gewesen ist. Insofern war das ein richtiges und vernünftiges Herangehen, und ich hoffe, dass wir die Zielsetzung, die wir mit dem Pavement Management System hatten, auch werden praktisch umsetzen können, um so zu einem verbesserten Unterhaltungszustand der Straßen und zu günstigeren Kosten zu kommen.

Ich gebe Ihnen zu, dass die Zunahme dieses Schilderwaldes - ich war eigentlich immer davon ausgegangen, dass wir zu einer Abnahme des Schilderwaldes kommen, das hatten wir uns auch vorgenommen - in der Tat in diesem Fall in besonderer Weise in einigen Bezirken sehr hoch ist, wo, wie ich Ihnen vorhin vorgetragen habe, hier Bezirksingenieure mit Verfahren belegt worden sind. Zu verhindern, dass es so unterschiedliche Dinge gibt, das haben wir, wie ich Ihnen auch vorgetragen habe, uns vorgenommen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, für die nächsten zehn Jahre, so

sagen die Gutachten, sind 167 Millionen DM nötig, um unser Straßennetz zu sanieren, damit es nicht völlig verfällt. Sehen Sie sich in der Lage, diese Summe aufzubringen, um den Erhalt des Straßennetzes zu gewährleisten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich allein sehe mich dazu nicht in der Lage, sondern dies wird davon abhängig sein, wie die weitere Entwicklung in Zusammenhang mit dem Pavement Management System und der besonderen Betrachtung der Straßen als eigenständiges Vermögen dann politisch weiter entschieden wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass das Geld dafür in Wirklichkeit nicht da ist und dass wir mit weiteren Schildern rechnen müssen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein, das wäre falsch! Wir, das wissen Sie auch, so haben wir es ja auch in der Deputation dargestellt, möchten gern das System, das bis jetzt besteht, ändern und damit Möglichkeiten schaffen, um Investitionen in die Straßen zeitnah entsprechend ihres Zustandes machen zu können. Ich gehe davon aus, dass wir das auch erreichen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich habe gerade gehört, dass der Senat heute beschlossen hat, Schulden durch Immobilienverkauf zu tilgen. Beabsichtigen Sie, die Finanzierung der Reparaturen von Straßen künftig durch den Verkauf anderer Straßen durchzuführen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein, ich beabsichtige nicht, den Topf zur Straßensanierung durch den Verkauf von Straßen zu füllen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen Sie ja sonst auch!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Straßenbenennung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Weshalb gibt es zweimal die Straßenbezeichnung „Am Knick“, obwohl Doppelbenennungen von Straßen in einer Stadtgemeinde nicht üblich sind?

Zweitens: Was wird der Senat unternehmen, um Missverständnisse, die durch die Doppelbenennungen bestehen, zu beheben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Sinne des Bremischen Landesstraßengesetzes liegt hier keine Doppelbenennung vor. Der Senat hat in seiner Sitzung am 10. Januar 1984 für eine wegerechtlich öffentliche Verkehrsfläche im Ortsteil Rönnebeck nach dem Landesstraßengesetz die Bezeichnung „Am Knick“ beschlossen.

Bei der Wegefläche gleichen Namens im Ortsteil Osterholz handelt es sich um einen öffentlichen Parzellenweg in einem Kleingartengebiet, bei dem das Bremische Landesstraßengesetz keine Anwendung finden kann. In solchen Fällen findet eine formlose Benennung kraft Eigentums durch den Bedarfsträger statt. Bedarfsträger ist in diesen Fällen Stadtgrün Bremen.

Die Benennung des Weges „Am Knick“ erfolgte am 1. Dezember 1984 durch das Gartenbauamt - jetzt Stadtgrün Bremen - auf Vorschlag des zuständigen Kleingartenvereins unter Beteiligung des Landesverbandes der Gartenfreunde Bremen e. V. Der Landesverband hat jetzt bestätigt, dass die Vorschläge in der Regel hinsichtlich einer möglichen Doppelbenennung überprüft werden. Es kann nur vermutet werden, dass in diesem Fall wegen der relativ kurzen Abstände der beiden Benennungen zum Zeitpunkt der Benennung des Parzellenweges die wegerechtlich öffentliche Verkehrsfläche noch nicht im Stadtplan aufgenommen - Neuerscheinung alle zwei Jahre - und somit dem Landesverband der Gartenfreunde Bremen e. V. nicht bekannt war.

Darüber hinaus ist festgestellt worden, dass es im stadtbremischen Gebiet mehrfach - offensichtlich ältere - hier so bezeichnete Doppelbenennungen von Straßen und Parzellenwegen gibt, teilweise sogar mehrere Parzellenwege gleichen Namens, jedoch in unterschiedlichen Parzellegebieten.

Zu Frage zwei: Ein sogenannter Missstand liegt nicht vor. Im angesprochenen Einzelfall wird Stadtgrün Bremen eine Prüfung vornehmen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Pflugradt? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Da Sie erklärt haben, dass Stadtgrün Bremen noch eine Prüfung vornehmen wird, möchte ich nur darauf hinweisen, dass der Hintergrund für diese Anfrage der ist, dass eine Firma in Bremen-Nord, die viele auswärtige Lastwagenanfahrten bekommt, durch die zweimalige Ausweisung dieser Straße im Stadtplan häufig Probleme hatte. Deswegen diese Anfrage! Wenn das überprüft wird, vielen Dank!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Rattenplage in Fähr-Lobbendorf**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Ursachen haben zu der Rattenplage im Fährer Wohnquartier, Bremen-Vegesack, geführt, wo sich Ratten in Wohnräumen, den Terrassen, Gärten und in der Nähe von Kindertagesheimen tummeln, obwohl es in dem Quartier keinen Müllberg, keine Kompostansammlungen oder Ähnliches gibt?

Inwieweit steht die Plage in Zusammenhang mit nicht ausreichenden Bekämpfungsmaßnahmen gegen Ratten in diesem Stadtteil, und, wenn ein Zusammenhang besteht, warum werden nicht genügend Maßnahmen gegen die Ratten ergriffen?

Was beabsichtigt der Senat zu unternehmen, um die weitere Vermehrung der Ratten zu verhindern und die vorhandenen Ratten zu dezimieren, um die für die Bevölkerung unerträglichen Zustände umgehend zu beseitigen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Im Februar dieses Jahres wurde an der Lobbendorfer Mühle ein verstärkter Rattenbefall gemeldet, und als Ursache wurde seitens des Gesundheitsamtes eine unsachgemäße Mülllagerung einiger Anwohner festgestellt. Der Eigentümer der betreffenden Wohnanlage wurde aufgefordert, Bekämpfungsmaßnahmen einzuleiten.

Nach einem erneuten Ortstermin des Gesundheitsamtes Anfang März wurde eine koordinierte Rattenbekämpfung unter Einbeziehung des ehemaligen Vulkangeländes veranlasst. Einer unter vielen Anliegern, das private Kindertagesheim „Rasselbande e. V.“, An der Lobbendorfer Mühle, wurde in die Ortstermine und Bekämpfungsaktion einbezogen. Über den Erfolg der Maßnahmen kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage gemacht werden.

Im August 2000 wurde die Facility Management Bremen GmbH beauftragt, die Rattenbekämpfung auf öffentlichem Grund zu übernehmen. Seit dem 1. April 2001 erfolgen die Rattenbekämpfungsmaßnahmen durch ein privates Schädlingsbekämpfungsunternehmen. Rattenbefall soll dem Gesundheitsamt gemeldet werden und wird von dort an die Facility Management Bremen GmbH weitergeleitet. Der Senat erwartet durch die Neuordnung der kommunalen Rattenbekämpfung eine deutliche Verbesserung der Situation. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die **Baumaßnahmen an den Straßenbahnhaltstellen Obernstraße und Hutfilterstraße**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Steinberg, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Steinberg** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um im Rahmen der derzeitigen Baumaßnahmen, zum Beispiel durch den Bau von Rollstuhl- und Kinderwagenrampen, Hochpflasterung, an den Straßenbahnhaltstellen Obernstraße und Hutfilter-

terstraße die Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten zu verbessern?

Zweitens: Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Position des Vorstandes der BSAG und der Behindertenverbände zu dieser Baumaßnahme Rollstuhl- und Kinderwagenrampe?

Drittens: Wie beurteilt der Senat die Praxistauglichkeit solcher Baumaßnahmen, die zum Beispiel in Freiburg und Karlsruhe bereits umgesetzt worden sind?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senator für Bau und Umwelt hat die Vor- und Nachteile, die sich durch eine Erhöhung der Haltestellen einerseits für die Fahrgäste, andererseits für die Besucher des Haupteinkaufsbereichs und des historischen Kerns der Altstadt sowie die potentielle Unfallgefahr, die durch eine nicht gesicherte und nicht deutlich sichtbare Erhöhung ergeben, eingehend abgewogen. Als Ergebnis dieser Abwägung wird eine Erhöhung der Haltestellen nicht verfolgt.

Diese Haltestellen müssen nicht nur der Funktion des Ein- und Aussteigens von Fahrgästen, sondern auch der eines attraktiven fußläufigen Einkaufsbereichs genügen. Unter Abwägung dieser Anforderungen wird der Senat eine Verbesserung durch die weitere Steigerung des Angebots von einstiegsfreundlichen Niederflurfahrzeugen verfolgen.

In die Beurteilung einzubeziehen sind darüber hinaus folgende Punkte: Die neueren Straßenbahnen besitzen eine Hubbühne für Rollstuhlfahrer. Diese Bühne ist ohne Bahnsteigerhöhung zu verwenden. Ebenfalls sind die neueren Bahnen auch ohne Erhöhung von Fahrgästen mit Kinderwagen zu nutzen.

Die am Rande des Haupteinkaufsbereichs und des historischen Kerns der Altstadt gelegenen Haltestellen weisen erhöhte Haltestellen auf. Es ist nicht beabsichtigt, dies zu ändern.

Zu Frage zwei: Der Vorstand der BSAG fordert die Erhöhung der Haltestellen Oberrn- und Hutfilterstraße um zirka zehn Zentimeter. Mit den Vertretern der Behindertenverbände wurde das Für und Wider einer Erhöhung der Haltestellen eingehend besprochen. Aus den Gesprächen wurde deutlich, dass nicht zu erwarten ist, dass die Vertreter der Baumaßnahme in dieser Form zustimmen. Sie

haben allerdings zur Kenntnis genommen, dass der Senator für Bau und Umwelt aus städtebaulichen sowie aus den anderen angesprochenen Gesichtspunkten keine bessere Lösungsmöglichkeit sieht.

Der Vorschlag der Seniorenvertretung, die Haltestellenerhöhung mit einem Gitter abzusichern, würde eine Querung der Straße in der Haltestellenlänge von 40 Metern nahezu ausschließen.

Zu Frage drei: Nach Erkenntnissen des Senats sind die in den beiden genannten Städten vorhandenen Verhältnisse nicht mit den Zielsetzungen zu vergleichen, die Bremen bei der Umbaumaßnahme Oberrn- und Hutfilterstraße verfolgt. Die Praxistauglichkeit der von der BSAG geforderten Maßnahme wäre angesichts der Unfallgefahr und angesichts der Rechtsprechung des Landgerichts Bremen nicht sicherzustellen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Steinberg** (CDU): Frau Senatorin, warum soll es Unterschiede bei der Hochpflasterung im Vergleich zwischen den Haltestellen Domsheide einerseits und Oberrnstraße/Hutfilterstraße andererseits geben? In beiden Bereichen handelt es sich um Fußgängerzonen in unserer historischen Hansestadt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Der Unterschied ist, dass wir ja mit dem Umbau der Oberrn- und Hutfilterstraße hier eine ganz neue Aufwertung dieses Bereichs im Sinne eines Boulevards anstreben. Die Situation an der Domsheide ist nicht mit der Situation der neu gestalteten Oberrn- und Hutfilterstraße vergleichbar.

(Abg. Steinberg [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Förderbedarfe in kommunalen Kindertagesheimen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pietrzok, Böhmsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pietrzok!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Für wie viele Kinder in kommunalen Kindertagesheimen besteht derzeit ein anerkannter Förderbedarf hinsichtlich integrativer Hilfen, und für wie viele Kinder wurden „zusätzliche Fördermittel“ eingesetzt?

Zweitens: Wie viele Kinder mit anerkanntem Förderbedarf werden derzeit ohne den Einsatz „zusätzlicher Fördermittel“ in kommunalen Kindertageseinrichtungen betreut, und welche Auswirkungen auf Standards und Betreuungsqualität ergeben sich daraus?

Drittens: Für wie viele Kinder ist zum nächsten Kindergartenjahr 2001/2002 gegenüber dem laufenden Kindergartenjahr ein Antrag auf „zusätzliche Förderung“ gestellt worden, und wie will gegebenenfalls der Senat auf einen Zuwachs reagieren?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Zahl der Kinder in kommunalen Einrichtungen, für die bisher ein besonderer Hilfe- und Förderbedarf auf der Basis des „alten“ Begutachtungssystems geltend gemacht wurde, beläuft sich auf 608. Für insgesamt 530 dieser Kinder wurden im Rahmen des städtischen Personalhaushalts, des Erziehungshilfebudgets und des Sozialhilfehaushalts Fördermittel eingesetzt.

Zu Frage zwei: Derzeit erhalten insgesamt 78 Kinder eine gezielte integrierte Förderung im Rahmen der laufenden Personal- und Sachkosten kommunaler Kindertagesheime. Diese Festlegung erfolgte im Rahmen des bisherigen Hilfeplanverfahrens. Auswirkungen auf die in kommunalen Kindertagesheimen gegebenen Standards und die Betreuungsqualität ergeben sich keine, da die Hilfen im Rahmen der Regelförderung geleistet werden. Sollten sich diesbezüglich im weiteren Prozess Veränderungsnotwendigkeiten ergeben, so sind diese Fördermaßnahmen den jeweiligen aktuellen Bedarfen anzupassen.

Zu Frage drei: Die Zahlen der Anträge für Kinder mit besonderem Hilfe- und Förderbedarf für das Kindergartenjahr 2001/2002 liegen derzeit für alle Träger noch nicht präzise vor. Eine eventuelle Steigerung der Antragszahlen besagt jedoch noch nicht, dass alle Anträge auch auf einen besonderen Hilfe- und Förderbedarf hinauslaufen. Dieser geltend gemachte Bedarf muss auf seine Berechtigung differenziert geprüft werden. Einem eventuellen Zuwachs wäre im Rahmen der gegebenen

Ressourcen und der Angebotsstruktur der Tagesbetreuungseinrichtungen zu begegnen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Ich würde gern wissen, wie es kommt, dass wir die aktuellen Zahlen bei den Anmeldungen noch nicht präzise haben. Was ist die Ursache?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Weil wir die Rückmeldungen von den Trägern nicht so bekommen, wie wir sie uns wünschen und wie sie eigentlich auch mit den Trägern verabredet sind.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Das sind jetzt die freien Träger?)

Ja!

(Abg. Pietrzok [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte und damit letzte Anfrage bezieht sich auf den **NPD-Aufmarsch am 23. Juni in Bremen-Nord**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Kleen!

Abg. **Kleen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den erneuten Versuch der NPD, eine Kundgebung in Bremen-Nord durchzuführen?

Zweitens: Aus welchen Gründen wird die Kundgebung nicht verboten?

Drittens: Ist es zutreffend, dass es der Senat abgelehnt hat, die Schirmherrschaft für die Gegen demonstration des breiten antifaschistischen Bündnisses in Bremen-Nord zu übernehmen, wenn ja, aus welchen Gründen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, jedoch bislang noch nicht für verfassungswidrig erklärte Partei. Ihr steht das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit bis zu einer Verbotsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts ebenso zu wie anderen Organisationen. Der Senat weist darauf hin, dass er im Bundesrat den Antrag auf Entscheidung über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD unterstützt hat.

Zu Frage zwei: Das Bundesverfassungsgericht, das Bundesverwaltungsgericht und die Verwaltungsgerichte in den Ländern haben allgemein und insbesondere auch in Entscheidungen zu Versammlungen und Kundgebungen der NDP festgelegt, unter welchen Voraussetzungen nach dem Versammlungsgesetz Gründe für das Verbot einer Versammlung oder Kundgebung vorliegen. Allein auf die politische Ausrichtung einer Organisation oder Partei kann ein solches Verbot nicht gestützt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen für die NPD-Kundgebung in Bremen-Nord keine Verbotsgründe nach dem Versammlungsgesetz vor.

Zu Frage drei: Es ist dem Senat ein besonderes Anliegen, die demokratischen Kräfte dieser Stadt im gewaltfreien Widerstand gegen Aufmärsche der NPD zu unterstützen. Im Vorfeld einer zum 26. Mai 2001 angemeldeten Demonstration der NPD wurde dem Senat mit Schreiben vom 12. April dieses Jahres die Bitte um Unterstützung aller Veranstaltungen unter dem Motto „Bremen-Nord gegen Rechts“ angetragen. Da die Anmeldung der NPD-Demonstration seinerzeit zurückgezogen wurde, war der Antrag auf Übernahme einer Schirmherrschaft für die ursprüngliche Veranstaltung gegenstandslos geworden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass am 23. Juni von zehn bis 15 Uhr eine Gegendemonstration geplant ist, zu der von dieser Stelle natürlich auch herzlich eingeladen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Natürlich ist das bekannt, und wir werden mit diesem Phänomen genauso gründlich, genauso solide umgehen, wie wir das bei der Demonstration der NPD im Mai gemacht haben. Auch dort haben wir ja durch eine Reihe von Konditionen gegenüber der NPD erreichen können, dass, so schlimm das auch alles ist, dann dieser Aufmarsch, glaube ich, zumindest nicht zu einer Belastung der anliegenden Geschäftsleute

geführt hat. An dieser Demonstration haben auch Vertreter des Ressorts, zum Beispiel mein Staatsrat, teilgenommen, um dort auch vor Ort nach dem Rechten zu sehen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Nach den Rechten zu sehen? Ich habe noch eine Zusatzfrage. Für dieses Konzert und die Gegendemonstration am Sonnabend hat die Bundesregierung mit der Ausländerbeauftragten Frau Beck die Schirmherrschaft übernommen. Finden Sie es nicht genau wie ich überaus bedauerlich, dass Menschen, die gegen Rechtsradikale in Bremen demonstrieren, wohl die Bundesregierung an ihrer Seite haben, aber nicht den Senat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Kleen, es gibt überhaupt keinen Zweifel an der Haltung des Senats, an der Haltung der Innenbehörde, an meiner Haltung bezüglich der Ablehnung dieser Demonstration der NPD, und selbstverständlich werden wir alles tun, um auch die Gegendemonstration zu unterstützen. Für diesen konkreten Fall gab es keinen Antrag auf Schirmherrschaft, der uns vorgelegen hat. Der Senat behandelt Anträge auf Schirmherrschaft, wenn uns ein konkretes Datum mit einer konkreten Veranstaltung vorgetragen wird. Das lag in diesem Fall für den kommenden Sonnabend nicht vor.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Darf ich Ihren Worten entnehmen, dass, wenn es wieder zu einer solchen Situation kommen sollte, es vor allem daran liegt, dann einen solchen Antrag zu stellen, und dass ein solcher Antrag auf Schirmherrschaft durch den Senat dann wohl auch angenommen wird beziehungsweise dass Sie dem sehr wohlwollend gegenüberstehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Kleen, wir haben ganz konkret einen solchen Antrag im Senat nicht behandelt. Sie wissen, dass ein solcher Antrag gestellt werden muss, und dann entscheidet der Senat, inwieweit dies dann erfolgt oder nicht. Ich kann Ihnen zusagen, bei einer konkreten Veranstaltung, die der Senat unterstützen möchte, dass eine Schirmherrschaft übernommen wird.

(Abg. Kleen [SPD]: Das ist dann auszuprobieren!)

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, treffen Informationen zu in Bezug auf die Veranstaltung jetzt am Samstag gegen die NPD, dass aus Ihrem Hause der Freiwilligen Feuerwehr in Bremen-Nord verboten worden ist, an diesem Tag teilzunehmen, obwohl die Veranstaltung doch vom Ortsamt, also einer nachgeordneten Behörde Ihres Hauses, mit koordiniert und veranstaltet wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Das kann ich nicht bestätigen, Herr Abgeordneter.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wissen Sie es nicht, oder können Sie das Gegenteil bestätigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich weiß es nicht!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie uns das bei anderer Gelegenheit mitteilen?)

Das kann ich gern tun!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Achtes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/311 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Achte Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28 vom 22. Mai 2001

(Drucksache 15/312 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 vom 12. Juni 2001

(Drucksache 15/325 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhaben- und Erschließungsplan 17 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für den Bau der „Botanika im Park“ im Rhododendronpark in Bremen-Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/314 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 17 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1240
für ein Gebiet in Bremen-Vegesack und Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße, Lindenstraße, Fröbelstraße, Ulrichs Helgen, Schulkenstraße, Weser und Blumenthaler Aue**

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/315 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1240 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1346 mit Deckblatt
Änderung des Bebauungsplanes 1917 Blatt 1 gemäß § 13 Baugesetzbuch für ein Teilgebiet in Bremen-Neustadt westlich des Flughafendamms**

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/316 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1346 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt
für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Wurster Straße, Cherbourger Straße, Neuer Aue, nördlich Franziusstraße, Am Erzhafen, Am Nordhafen, Senator-Borttscheller-Straße und Wasserlöse**

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/317 S)

Wir verbinden hiermit:

**Flächennutzungsplan Bremen
4. Änderung
nach der Neubekanntmachung - Fassung Mai 2001 -**

**(ehemals 26. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)
- Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven**

(Carl-Schurz-Kaserne und Weserportsee) -

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/320 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Plan zur vierten Änderung des Flächennutzungsplans Bremen abstimmen.

Wer den Plan zur vierten Änderung des Flächennutzungsplans Bremen nach der Neubekanntmachung, Fassung Mai 2001, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 1981 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2156 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Hohweg, Güterverbindungsbahn Utbremen, Fleetstraße - einschließlich, zum Teil beiderseits - und Papengeerenweg

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/318 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Bebauungsplan 2156 mit Deckblatt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2204 mit Deckblatt für das Gebiet in Bremen-Walle zwischen Stefensweg, Bremerhavener Straße und Elisabethstraße

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/319 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Bebauungsplan 2204 mit Deckblatt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Beiräte stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/321 S)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/322 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/332 S)

und

Beiräte durch konkrete Maßnahmen stärken

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/331 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Schulte.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Beiräte fungieren als unverzichtbare Mittler zwischen Stadtbürgerschaft, Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Deshalb hat es sich ganz besonders die SPD zur Aufgabe gemacht, nach der Einführung der Direktwahl der Beiräte die Beiratsrechte zu stärken und auf eine in diesem Sinne reformierte Grundlage zu stellen.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Mit den vorliegenden Anträgen zum Beirätegesetz ist es uns gelungen, den Beiräten ein Instrument an die Hand zu geben, welches noch in manchen Ohren der Politik und Verwaltung klingen wird.

Das Gesetz über Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung von 1946 gab den vom Ortsamtsleiter vorgeschlagenen Beiräten lediglich die Möglichkeit, in nichtöffentlichen Sitzungen den Ortsamtsleiter in seinen stadtteilbezogenen Verwaltungsaufgaben beratend zur Seite zu stehen. Die Weiterentwicklung der Beiratsrechte war zwar

in der Vergangenheit immer wieder Thema, ist aber bisher nie mit dieser großen Beteiligung der Basis parteiübergreifend diskutiert worden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zu Beginn dieser Legislaturperiode stellte sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion die Aufgabe, die Beiräte in ihren kommunalpolitischen Angelegenheiten zu stärken. Durch das Nichtwiederbesetzungsspektakel der Ortsamtsleiterposition im Bremer Westen und die desolote personelle Situation im Ortsamt Neustadt/Woltmershausen entstand eine parteiübergreifende Grundsatzdiskussion zur Ausstattung und politischen Einflussnahme von Beiräten. Es wurde eine Koalitionsarbeitsgruppe mit dem Ziel eingerichtet, die Arbeit der Beiräte sicherzustellen und ihre Rechte zu stärken. In diesem Zusammenhang waren wir uns in der Koalitionsarbeitsgruppe darüber einig, dass die Ortsämter und somit die kommunalpolitische Sacharbeit aus der PEP-Quote zu nehmen sind.

(Beifall bei der SPD)

Das, fand ich, war auch ein Erfolg!

Eine besondere Brisanz in der einjährigen Koalitionsarbeitsgruppe hatte die Einvernehmensregelung. Hierbei musste die CDU-Bürgerschaftsfraktion letztlich doch den Ansprüchen ihrer eigenen Basis Rechnung tragen, die sogar ein Vetorecht für Beiräte einforderte.

(Beifall bei der SPD)

Umso zufriedener sind wir, dass wir uns mit der entscheidenden Gesetzespassage im Beirätegesetz gegenüber der CDU durchgesetzt und damit als große Koalition zumindest in diesem Bereich Handlungsfähigkeit bewiesen haben.

(Beifall bei der SPD - Abg. Eckhoff [CDU]: Entweder haben Sie sich durchgesetzt, oder wir haben Handlungsfähigkeit!)

Ja, weil wir uns durchgesetzt haben, und Sie haben verstanden, dass dies doch der richtige Weg ist. Das fand ich gut, dass Sie da mit uns gemeinsame Sache gemacht haben!

(Beifall bei der SPD)

Der Paragraph 8 Absatz 1, Herstellung von Einvernehmen, verpflichtet die Behörde dazu, mit den Beiräten bei unterschiedlichen Auffassungen zu einem Sachverhalt Einvernehmen zu erzielen. Das gibt den Beiräten mehr Möglichkeiten, innerhalb von Entscheidungsprozessen ernster ge-

nommen zu werden und ihrem Anliegen einen größeren politischen Nachdruck zu verleihen.

Neben der Erweiterung der Entscheidungs- und Beteiligungsrechte bekommen die Ortsämter und somit die Beiräte zukünftig die Möglichkeit, über ein eigenes Budget selbst entscheiden zu können, welches alle Verwaltungs- und Personalkosten, Sitzungsgelder sowie die Globalmittel beinhaltet. Für die Ortsämter und Beiräte, die dieses Angebot aufgreifen wollen, organisiert das Innenressort eine entsprechende Vorbereitung und begleitende Beratung. Hierbei ist die arbeitsfähige Ausstattung der Beiräte sicherzustellen. Zwar sollte in der Vergangenheit schon selbstverständlich sein, dass die Beiräte rechtzeitig von den Fachbehörden auch über langfristige Maßnahmen in ihrem Stadtteil informiert werden, wir haben es aber trotzdem noch einmal nachdrücklich in unseren Bürgerschaftsantrag aufgenommen. Der Gesetzentwurf der Bürgerschaftsfraktionen wurde einstimmig von den Beirätekonferenzen angenommen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir sehen alle darin, dass dies ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung ist. Reformen werden immer mit gesellschaftlichen Prozessen einhergehen, und deshalb werden wir weiterhin kontinuierlich den Diskussionsprozess Bürgerbeteiligung und kommunalpolitisches Engagement auch mit Blick auf die Rechtslage in anderen Großstädten, wie zum Beispiel Dortmund und Hannover, vorantreiben und prüfen, ob dies auf bremische Verhältnisse übertragbar ist.

Mir wäre noch einmal ein besonderes Anliegen, wenn wir uns zu einem einstimmigen Parlamentsbeschluss zu beiden Anträgen durchbringen könnten. Dies würde mit Sicherheit parteiübergreifend und für die gesamte Stadt auf Beiratsebene ein deutliches Signal der parlamentarischen Gesamtverantwortung gegenüber den Beiräten setzen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, habe ich mich an eine Diskussion im Jahr 1989 erinnert.

(Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

1989 wurde eine wichtige Weichenstellung vorgenommen, nämlich das, was die CDU seit 1947 gefordert hatte, die Direktwahl der Beiräte einzufüh-

ren, wurde 1989 beschlossen. Damals gab es verschiedene Auseinandersetzungen darüber, welche Rechte man den Beiräten geben sollte. Wir haben damals schon gesagt, man muss sie noch weiter stärken.

Das Ergebnis der Diskussion über das seitdem gültige Beiratsgesetz führt dazu, dass wir die Beiräte stärken, weil wir glauben, dass die über 300 Beiratsmitglieder, die in den 22 Beiräten organisiert sind, eine wichtige Arbeit leisten, nicht nur in Bezug auf Bürgerschaft und Verwaltung, Frau Möbius, Sie haben diese Reihenfolge gewählt und an dritter Stelle die Bürger genannt. Ich würde die Bürger an erster Stelle nennen, weil viele Anliegen, Sorgen und Nöte von den Beiräten aufgenommen und weitergereicht werden. Sie sind ein Sprachrohr gegenüber der Verwaltung, und deswegen glaube ich, es ist sinnvoll, dass wir die Beiräte in ihren Rechten stärken.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir zu Beginn der Legislaturperiode wegen der finanziellen Schwierigkeiten, die es gibt und gab, diesen Ausschuss eingesetzt haben, Frau Möbius hat darauf hingewiesen. Ich will nur sagen, dass es nicht der Wunsch von Herrn Dr. Schulte war, eine PEP-Quote einzuführen. Diese PEP-Quote gibt es schon seit langem, und logischerweise war sie auch auf die Ortsämter anzuwenden. Insofern ist dies, wenn wir das jetzt so verändern, wie wir das wollen, eine Kurskorrektur dessen, was der Senat in der Vergangenheit insgesamt an Wegen beschritten hat. Insofern ändern wir hier das, was der Senat gemeinsam gemacht hat, und da gibt es keine einseitige Verantwortung. Darauf möchte ich schon noch einmal deutlich hinweisen!

Kernpunkte der Reform sind, das will ich noch einmal sagen, erstens, dass wir die Entscheidungsrechte gestärkt haben. Zweitens haben wir die Verantwortung der Beiräte vergrößert, indem sie zukünftig für alle Mittel, die im Zusammenhang mit den Ortsämtern - hier nur beiratsbezogene Teile - und den Beiräten bestehen, Verantwortung haben, Sitzungsgelder, Beiratsmittel, Anmietung von Räumen und Personal. Sie müssen also quasi selbst kleine Haushaltsberatungen machen. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt.

Dann die Frage des Einvernehmens, Frau Möbius hat das angesprochen! Frau Möbius, wir wollten nie ein Verfahren haben, was Sie ursprünglich auch vorgeschlagen haben, das im Grunde genommen dazu führt, dass es bei allen Entscheidungen, die in diesem Land und in dieser Stadt getroffen werden, ein Recht auf Einvernehmen gibt. Das wissen wir aber auch alle gemeinsam,

wenn wir uns damit intensiver beschäftigen, dass es ein solches Recht auf Einvernehmen in der Sache nicht geben kann. Das haben Sie gefordert.

Das, was wir jetzt gemacht haben, ist ein Recht auf Einvernehmen im Verfahren. Das ist etwas anderes. Dieses Recht auf Einvernehmen, nämlich, dass sich die Beiräte und die Verwaltung auf Augenhöhe begegnen, war ja genau das Anliegen, das die Beiräte uns immer wieder vorgetragen haben, dass die Verwaltung im Grunde genommen die Beiräte mehr oder weniger nieder macht, nicht ernst nimmt, nicht respektiert. Hier haben wir ein Verfahren gefunden, und dies ist für meine Begriffe ein weiterer wichtiger Kernpunkt dessen, was wir hier regeln.

Wir haben verschiedene Einzelheiten, auch Verfahrensregeln, verbessert, zum Beispiel, was ein Anliegen mehrerer Beiräte war, was wir im Übrigen schon 1989 vorgeschlagen haben, dass nicht in Beiräten, in denen es absolute Mehrheiten gibt, die Ausschussvorsitzenden nur von einer Partei gestellt werden, sondern dass der Vorsitz auf alle Parteien und Wählervereinigungen verteilt wird. Das ist für meine Begriffe eine Selbstverständlichkeit, aber da es nicht überall selbstverständlich war, mussten wir dies regeln.

Wir haben uns über die Frage der Leitung der Beiratssitzungen unterhalten, ob dies weiter die Ortsamtsleiter machen sollen oder die Beiratssprecher, und wir haben da einen Kompromiss gefunden, dass, wenn der Ortsamtsleiter verhindert ist, die Beiräte selbst entscheiden können, ob das der stellvertretende Ortsamtsleiter macht oder der Beiratssprecher.

Ich glaube, unter dem Strich kann man sagen, dass wir ein vernünftiges Ergebnis erzielt haben. Wenn wir uns noch einmal an die verschiedenen Presseberichterstattungen, an die verschiedenen Diskussionen erinnern, die es auch in den Beiräten gegeben hat, dann wissen wir, das war sehr kontrovers, und häufig haben einige Beiräte jedenfalls den Eindruck erweckt, als würde man mit dieser Veränderung des Beiratsgesetzes nicht den Wünschen der Beiräte Rechnung tragen.

Das Ergebnis ist ein Kompromiss. Manche Beiräte haben sich nicht durchgesetzt, zum Beispiel in der Frage des Vetorechts, das einige gefordert haben, auch aus meiner eigenen Partei. Wir haben auch ein Stück weit nachgegeben. Das ist wie immer so im Leben und in der Politik, und deswegen glaube ich, dies ist ein vernünftiges Ergebnis, wenn es so von den Beiräten getragen wird, wie Frau Möbius es schon dargestellt hat, dass nämlich jedenfalls die SPD- und CDU-Beiräte das Ergebnis einstimmig so gebilligt haben.

An dieser Stelle will ich allerdings eines auch erwähnen und deutlich sagen: Wenn wir den Beiräten Entscheidungsrechte geben, die haben sie zukünftig, zum Beispiel was den Ausbau, den Umbau und die Benennung von Plätzen, Wegen, Grün- und Parkanlagen sowie die Benennung von Straßen und öffentlichen Gebäuden, soweit diese stadtteilbezogen sind, angeht, dann heißt das aber nicht, dass in denjenigen Bereichen - wir kommen zum Beispiel beim nächsten Tagesordnungspunkt dazu, Frau Krusche -, in denen die Beiräte keine Entscheidungsrechte haben, sondern die Entscheidungsrechte bei der Bürgerschaft oder beim Senat liegen, wir diese Entscheidungsrechte de facto bei verschiedenen Verfahren abtreten.

Ich erinnere nur an die Diskussion, die uns gleich beschäftigen wird, nämlich Rembertikreisel, Ausbau der Schwachhauser Heerstraße. Dies ist eindeutig ein Bereich, um das an einem Beispiel deutlich zu machen, an dem der Beirat zu beteiligen ist, aber nicht zu entscheiden hat. Das müssen die Beiräte auch wissen. Das müssen wir ihnen auch offen sagen. Es nützt nichts, dies einfach zu verschweigen und darüber hinwegzugehen, sondern wir müssen den Beiräten schon sagen, da seid ihr zu beteiligen, aber ihr habt kein Entscheidungsrecht, sondern das Entscheidungsrecht liegt hier bei der Bürgerschaft oder beim Senat. Das scheint mir auch ganz wichtig zu sein, dass wir hier mit offenen Karten spielen.

Ich will zwei Abschlussbemerkungen machen! Die erste ist, Herr Kuhn, Sie haben ja ursprünglich einmal einen Antrag eingebracht: „Beiräte als Herzstück lokaler Demokratie stärken“. Jetzt formulieren Sie Ihre Anträge um und schreiben: „Beiratsgesetz ändern, aber richtig“. Nur, wenn man das nimmt, wo Sie und wir uns unterscheiden, dann muss ich sagen, dass wir den Bestand der jetzt im Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter festgelegten Anzahl der Beiräte und Ortsämter garantieren. Das war vorher schon so. Das haben wir schon im letzten Jahr gesagt, lange bevor Sie einen Antrag eingebracht haben. Es ist also nichts Neues.

Dass wir die Ortsämter aus der PEP-Quote herausnehmen sollen, haben Sie auch schön beschrieben. Das finde ich wunderbar. Das mit der personalen Minderausstattung finden Sie in unserem Papier vom November 2000 auch schon. Das finde ich wunderbar, wie Sie das beschrieben haben. Das Einzige, was Ihnen jetzt einfällt, ist, dass Sie Mittel darauf legen. Das ist natürlich immer leicht als Opposition.

Der große strategische Unterschied besteht darin, dass Sie sagen, dass die Ausschüsse öffentlich

tagen sollen und die Zuständigkeit vom Senator für Inneres zur Senatskanzlei übergehen soll. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das ist der krampfhafteste Versuch, sich hier unterscheiden zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten Ihnen das ja ursprünglich angeboten, wenn Sie ernsthaft daran interessiert gewesen wären mitzumachen, dann hätten wir auch eine einvernehmliche Regelung hinbekommen können. Das, was uns jetzt unterscheidet, ist, glaube ich, kein großes Problem. Das sehen Sie im Übrigen auch so, wenn Sie ehrlich darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Abschlussbemerkung ist, meine Damen und Herren, dass wir in unserem Gesetzesantrag in Artikel 1 Nummer 5 die Worte „Proportionalverfahren nach Hare/Niemeyer“ durch die Worte „Verfahren nach Sainte Laguë/Schepers“ und in Satz zwei das Wort „Proportionalzahl“ durch das Wort „Höchstzahl“ ersetzen. In Artikel 1 Nummer 8 bitten wir, nach „Parteien“ die Worte einzufügen „und Wählervereinigungen“, und in Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a) bitten wir um folgende Änderung, ich muss das Ganze zitieren, weil es zweimal auftaucht: „Die stadtbremischen Behörden, soweit sie selbst oder durch Dritte öffentliche Aufgaben wahrnehmen, sind verpflichtet, bei allen Angelegenheiten, die im Ortsamtsbereich“, bisher steht da nur „im Ortsamt“, „von öffentlichem Interesse“, weiter brauche ich nicht zu zitieren! Diese drei kleinen Korrekturen schlagen wir bei unserem Ortsamtsgesetz vor. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es stellt sich bei mir nicht so richtig der Eindruck ein, dass die beiden großen Fraktionen hier wirklich einen großen Wurf machen und einen großen Schritt für die Beiräte in Bremen nach vorn gehen wollen, wenn ich mir die beiden Reden und wenn ich mir auch die Anwesenheit und den sonstigen Enthusiasmus hier im Hause anschau.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Pflugradt [CDU]: Kommen Sie doch einmal zu hrem Antrag!)

Aber sehr gern, Herr Pflugradt, ausführlich, extra für Sie!

Lassen Sie uns noch einmal kurz schauen, woher wir eigentlich kommen, und ich glaube, da haben wir den geringsten Unterschied, nämlich in der Analyse dessen, was aus den Beiräten und Ortsämtern in den sechs Jahren der großen Koalition wirklich geworden ist! Das haben Sie ja implizit selbst auch eben hier so gesagt. Nehmen Sie ein paar Überschriften aus der letzten Zeit aus verschiedenen Zeitungen: „Beiräte haben quasi nichts zu sagen“, „Beirätereform als Bettvorleger gelandet“, „Ein Reförmchen für den Beirat?“, „Frust bei den Pillepalle-Beiräten“ und so weiter! Das heißt, ich glaube, wir sind uns in einem einig, und das habe ich jetzt bei Ihnen auch so herausgehört, dass der Zustand der Ortsämter, der Zustand der Beiräte ein sehr schlechter ist und dass wir hier dringend etwas tun müssen.

Wenn es richtig ist, dass die Beiräte und die Ortsämter doch stark verschnupft daniederliegen, dann hat die große Koalition hier mit ihren beiden Anträgen lediglich ein Placebo verschrieben und keine wirkliche Medizin. Wenn man das so teilt, wie Sie das selbst auch zugeben, dann ist natürlich klar, dass man sich doch von Grund auf den Zustand der Ortsämter und Beiräte etwas mehr anschauen muss und tatsächliche Therapie und tatsächliche Medizin verschreiben muss, um überhaupt eine Aussicht auf gute Besserung zu haben und nicht nur ein paar Placebos, ein paar Stimmungsaufheller und ein paar Beruhigungspillen, so wie Sie das tun, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte das ganz besonders für Herrn Pflugradt, aber auch für alle anderen an zwei zentralen Punkten verdeutlichen, um da es eigentlich geht, nämlich an der Finanz- und Personalausstattung der Ortsämter einerseits und an den Mitwirkungsrechten der Beiräte andererseits.

Zuerst zur Finanz- und Personalausstattung der Ortsämter! Die Ortsämter müssen die ehrenamtlichen Beiräte ja ganz zentral im Stadtteil in ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützen und sind deswegen für diesen Punkt wichtig. Das Beispiel Neustadt ist schon erwähnt worden, wo in weitgehend leeren Büros die frühere Mann- und Frauenschaft abhanden gekommen ist und nur noch der Ortsamtsleiter und seine Stellvertreterin sozusagen als Sachwalter des allgemeinen Mangels übrig geblieben sind. Das verdeutlicht das Problem.

Was haben Sie nun wirklich diesen Ortsämtern und Beiräten zu bieten? Sie haben einen schwammigen und vollkommen unkonkreten Antrag vorgelegt, der auch bei Ihnen, soweit ich das gehört habe, unter der Bezeichnung Lyrik-Antrag läuft,

und Lyrik ist es auch. Er enthält keinerlei konkrete Aussage darüber, was sich tatsächlich bei den Beiräten und Ortsämtern verbessern soll.

Die im Stadtteil Engagierten brauchen aber nicht Ihre Lyrikbücher oder Ihre Poesiealben. Was die bräuchten, wäre, wenn man bei dem Bild bleiben möchte, vielleicht ein Girokonto oder ein Handbuch für Personalneueinstellungen. Von Lyrik können sie sich nichts kaufen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Extra noch einmal für Sie, Herr Pflugradt: Wenn Sie unseren Antrag gelesen hätten, könnten Sie darin feststellen, dass wir klipp und klar und in Mark und Pfennig und ganz genau sagen, was sich denn tatsächlich in der Personal- und Finanzausstattung der Beiräte ändern soll. Bei Ihnen heißt das im Originalton, ausreichend mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet sein. Ja, was auch immer das ist, das wird man dann nachher sehen.

In unserem Antrag haben wir einen konkreten Betrag genannt, den man dafür aufwenden muss. Wir haben ihn auch begründet. Das sind die 7,5 Millionen DM, die der Senat selbst in seiner Antwort auf unsere Kleine Anfrage festgestellt hat, die im Jahr 2000 aufgewendet wurden, plus eine Mindestausstattung an Personal, sprich Ortsamtsleiter, Stellvertreter beziehungsweise Stellvertreterin und so weiter, kommunale Sachbearbeiter und eine Bürokräft mit zehn Stunden für je 10.000 Einwohner im Stadtteil. Summa summarum sind das zirka 8,5 Millionen DM. Jetzt sagen Sie mir noch, dass für 22 Beiräte und 17 Ortsämter 8,5 Millionen DM zu viel Geld wären, um das Herzstück der lokalen Demokratie, wenn Sie da mit uns einig sind, hier in der Stadt Bremen wirklich zu erhalten! Das kann ja wohl nicht sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen kann sich gerade eine Regierung, und Sie sind nun einmal, im Moment jedenfalls noch, an der Regierung, nicht mit vagen unverbindlichen Absichtserklärungen zufrieden geben, sondern Sie müssen konkret Zahlen und Fakten nennen, um Ihre Politik des guten Willens, den Sie ja bewiesen haben, auch auf eine ganz praktische und pragmatische Grundlage zu stellen. In unserem Antrag ist das genannt worden, und mit der Ausstattung in unserem Antrag könnten die Beiräte und Ortsämter in der Tat in die Zukunft schauen. Von dem, was Sie da hineingeschrieben haben, können sie sich überhaupt nichts kaufen.

Der zweite wichtige Punkt, und das sehen wir, glaube ich, auch alle gemeinsam so, sind die demokratischen Rechte, die jedes lebendige und lebensfähige Gremium braucht, um mehr als nur eine Alibiveranstaltung zu sein, wofür man auf Dauer, und diese Befürchtung teilen Sie beide ja auch, keine Kandidaten und Kandidatinnen mehr bekommen wird. Erinnern Sie sich noch einmal an die Presseüberschriften, die ich eingangs zitiert habe! Wie würden Sie sich eigentlich fühlen, wenn Sie ehrenamtlich für inzwischen 40 DM Sitzungsgeld im Stadtteil arbeiten und permanent vom Senat und seinen nachgeordneten Behörden in dieser Art und Weise - entschuldigen Sie meinen Ausdruck, aber er muss an dieser Stelle sein - verarscht werden und so ernst genommen werden, wie Sie das hier an dieser Stelle tun?

Ich glaube, wir sind uns einig, dass es so in diesem Punkt nicht weitergeht. Sie bleiben aber wieder stehen, genau wie bei den Personal- und Finanzmitteln, dass Sie zwar die richtige Richtung erkannt haben, in die es gehen muss, dass Sie aber, weil Sie sich untereinander nicht einig sind und weil Sie auch nicht bereit sind, wirklich einen großen Schritt zu machen, dann bei der politischen Umsetzung kneifen und hier nicht weiter gehen.

Das gegenwärtige Verfahren, das jetzt schon im Beirätegesetz festgelegt ist, wird bei Ihnen nur noch einmal in einen weiteren Schritt unterteilt. Pikant ist dabei, dass ein Antrag dann insgesamt drei Monate braucht, um von der Deputation abschließend beschieden zu werden. Das ist das Gleiche wie heute, nur mit einer Sitzung mehr, die der Beirat allerdings auch nach heutigem Beirätegesetz schon machen könnte.

Wir haben einen ganz konkreten Vorschlag gemacht in unserem Änderungsantrag zum Gesetz, welchen großen Schritt wir meinen, den man in diesem Punkt tatsächlich machen müsste. Wir schlagen vor, dass in der Stadtbürgerschaft eine Art Vermittlungsausschuss, und ich benutze diesen Begriff ganz bewusst, zwischen den Interessen der Stadtteile und der Beiräte und den Interessen der Gesamtstadt und dieser Stadtbürgerschaft, die beide legitim sind, mit einer klaren Aufgabe und mit einer klaren Aufgabenbeschreibung eingesetzt wird. Ein solcher Vermittlungsausschuss hier in der Stadtbürgerschaft muss her, um endlich auch zu dokumentieren, dass Sie nicht einfach in der Fachdeputation die Einwände der Beiräte so einmal eben nur noch mit einer Ehrenrunde mehr beiseite wischen können, wie Sie das auch nach Ihrem neuen Gesetzentwurf können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade wir als kleine Fraktion haben überhaupt kein Interesse daran, das können Sie leicht an fünf Fingern abzählen, neue Gremien zu schaffen, noch mehr Sitzungen zu haben, weil uns das in der Tat sehr viel schwerer fällt als Ihnen, diese überhaupt zu bestreiten. Deswegen machen wir es uns nicht leicht, wenn wir sagen, wir brauchen einen solchen neuen Ausschuss hier in der Stadtbürgerschaft.

Was ist aber der Unterschied zu Ihrem Verfahren, wenn Sie sagen, das kommt wieder in die Fachdeputation zurück? Ein solcher Vermittlungsausschuss zwischen Interessen der Stadtbürgerschaft und Beiräteinteressen erkennt zunächst einmal an, dass beide Interessen, sowohl des Stadtteils als auch der Gesamtstadt, legitim sind, und versucht, in etwa vergleichbar mit den Interessen des Bundes und der Länder, auch da muss das ja sein, eine Abwägung vorzunehmen und einen Ausgleich dieser Interessen zu schaffen und damit die Stadtteile, die Politiker vor Ort, die ehrenamtlichen und die Beiräte überhaupt erst richtig ernst zu nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie sind angetreten, mit Ihrer riesigen Mehrheit in dieser Stadt auch riesig viel zu bewegen. Wenn man jetzt an diesem einen Beispiel sieht - wir könnten viele andere nehmen -, was Sie tatsächlich zustande bekommen, dann fällt auf, dass einerseits wegen der Uneinigkeit, die zwischen Ihnen ganz offensichtlich herrscht, andererseits aber auch wegen der Phantasielosigkeit, neue Wege zu beschreiten, wir letztendlich in vielen Dingen kein Stück weiter sind, als wir es am Anfang der Legislaturperiode waren. Dafür braucht man in der Tat keine riesigen Mehrheiten.

Ich würde Ihnen noch einen Tipp zum Schluss geben: Stimmen Sie für die besseren Anträge, die hier vorliegen, stimmen Sie also für die beiden Anträge der Grünen! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, manchmal muss man Konflikte herbeireden, nur damit man etwas hat, worauf man einschlagen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich kann nur sagen, wir haben uns in allen Punkten hervorragend geeinigt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit uns nicht! Das ist ja schön, wenn Sie sich einigen!)

Wir sind wirklich aufeinander zugegangen. Das war noch nicht einmal ein Nachgeben, sondern eine an Sachpunkten orientierte Abarbeitung der verschiedenen Fragen und Themen.

Im Übrigen will ich ganz nebenbei darauf hinweisen - die Eingeweihten, die sich ein bisschen mit diesem Thema beschäftigen, wissen es ja -, dass es in Tossens von den Beiräten, Ortsämtern und der Innenbehörde eine Diskussion gegeben hat, das so genannte Tossens-Papier. Wir sind über das, was die Beiräte selbst gefordert haben, sogar konkret hinaus gegangen. Was zum Beispiel die Frage der zukünftigen Entscheidungsrechte der Beiräte angeht, taucht diese Formulierung, die wir jetzt hineingebracht haben, bei keinem einzigen Beirat - Sie können die verschiedenen Stellungnahmen einmal durchgehen - und selbst nicht in Ihrem Antrag, Herr Dr. Güldner, auf. Das haben weder die Beiräte so konkret gefordert noch haben Sie das gefordert. Sie stellen sich hier aber hin und tun so, als würden Sie die Retter der Beiräte sein. Das finde ich ein bisschen scheinheilig!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das Einzige, was Sie machen, um das auf den Punkt zu bringen, ist, dass Sie auf die 7,5 Millionen DM, die wir den Beiräten einschließlich der Herausnahme aus der PEP-Quote zusichern, eine Million DM darauf legen. Das ist Ihre einzige Alternative. Sonst haben Sie nichts Konkretes vorgeschlagen, was die Rechte der Beiräte stärkt. Deswegen sollten Sie hier nicht so große Worte finden, sondern dann einmal konkret etwas vorschlagen und sagen, wo Sie denn etwas am Ortsamtsgesetz verändern wollen. Sie haben hier keinen einzigen Gesetzesantrag eingebracht,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

weil Sie über das, was die Koalition will, gar nicht hinausgehen wollen, und weil Sie keine Alternative haben, haben Sie einfach nur eine Million DM mehr hineingeschrieben, um eine Scheinalternative aufzubauen. Das, meine ich, ist ein bisschen scheinheilig und muss noch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal ganz deutlich sagen,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke)

in Anbetracht der finanziellen Lage, in der wir sicherstellen, dass die Beiräte die 7,5 Millionen DM, die sie bisher bekommen haben, auch weiterhin bekommen und aus der PEP-Quote herausgenommen werden, würde sich jedes Ressort, jede Dienststelle freuen, solch eine Zusage hier vom Parlament zu bekommen. Das ist eine hervorragende Ausgangsbasis für die Beiräte. Mancher wird anschließend kommen und sich darauf berufen, das sage ich jetzt schon. Insofern dürfen wir gar nicht so laut darüber reden, wenn wir das denn machen, das will ich an dieser Stelle auch sagen.

Um dies dann aber noch zu kritisieren, dazu sind Sie doch viel zu sehr Fachmann, Herr Dr. Güldner, denn Sie wissen,

(Glocke)

wenn wir das, was wir jetzt hier festschreiben, in allen Bereichen festschreiben würden,

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

würden wir unseren Sanierungskurs in der Tat verlassen, und das können wir nicht. Sie wollen nun nur noch eine Million DM darauf legen, weil Sie sonst keine Alternative haben, das ist doch Fakt!

Vizepräsident Ravens: Herr Pflugradt, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja, wenn Herr Dr. Kuhn sie stellt, immer!

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr, Herr Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben jetzt einen relativ langen Satz zwischendurch gemacht. Herr Pflugradt, Sie haben uns eben dafür kritisiert, dass wir keinen Antrag zum Gesetz eingebracht hätten. Wären Sie - -.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Doch, das haben Sie! Entschuldigung! Ich habe mich da versprochen!)

Ach was! Da haben Sie sich versprochen? Na, wunderbar, dann hat sich das erledigt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Das war alles? Wunderbar!

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wissen Sie aber, insofern habe ich das mit dieser Bemerkung nicht so ganz ernst gemeint, was Sie in dem Gesetzesantrag schreiben?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was haben Sie denn ernst gemeint?)

Die Zuständigkeit soll vom Senator für Inneres auf die Senatskanzlei übergehen. Das ist, finde ich, eine tolle Alternative. Wie stärken Sie damit die Beiräte? Dann haben Sie einen Punkt hineingeschrieben: Die Ausschusssitzungen sind grundsätzlich öffentlich.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit dem Vermittlungsausschuss, darum ging es ja!)

Dann haben Sie den Vermittlungsausschuss dort hineingeschrieben. Das finde ich richtig toll. Dieser Vermittlungsausschuss sollte dort also tätig werden. Dieser Ausschuss legt der Stadtbürgerschaft in regelmäßigen Abständen einen Bericht über seine Empfehlungen vor. Was heißt das denn? Wir können als Ausschüsse ja nicht selbst empfehlen, sondern die Empfehlungen haben nur dann eine Wirksamkeit, das wissen Sie, Herr Dr. Kuhn, als Vizepräsident ganz genau, wenn wir uns als Parlament dahinter stellen. Wir geben dann also einmal im Vierteljahr die Empfehlungen, die wir den Beiräten gegeben haben, weiter an den Senat.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie beim Petitionsausschuss!)

Was bedeutet das denn konkret? Dass im Grunde genommen das Verwaltungshandeln in dieser Stadt lahm gelegt wird! Das ist doch keine ernst gemeinte Alternative! Durch die konkrete Fristsetzung, die wir verändert haben in unserem Recht auf Einvernehmen, sind die Verwaltungen gezwungen, innerhalb bestimmter Fristen tätig zu werden, wenn sie sich nicht mit den Beiräten einigen. Ihr Verfahren führt doch nur zu einer Vertagung der Probleme, und Vertagen von Problemen hatten wir schon einmal bis zum Jahr 1995, das wollen wir nicht noch einmal haben. Deswegen ist dies aus meiner Sicht auch keine Alternative.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte es jetzt einfach noch einmal so sagen: Wir haben in einem bisher unvergleichlichen Diskussionsprozess einen Antrag zustande gebracht, der sich trotz der unterschiedlichen Auffassungen der beiden Koalitions-

fraktionen an den Vorgaben - und da bitte ich auch Bündnis 90/Die Grünen, noch einmal zuzuhören - der SPD- und der CDU-Beiräte und sogar, wie ich aus den öffentlichen Beiratssitzungen mitnehmen konnte, an den Vorstellungen der Beiräte vom Bündnis 90/Die Grünen orientiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es ist schon eine einmalige Geschichte in dieser Stadt, dass wir es geschafft haben, uns an dem, was uns die Basis als Auftrag gegeben hat, zu orientieren.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Und sie haben einstimmig beschlossen!)

Sie haben es einstimmig beschlossen, genau!

Dieses basisdemokratische Verfahren und die einstimmige Beschlussfassung der beiden Beirätekonferenzen macht uns sicher, hier und heute die richtige Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem ich mich im Anschluss an die Vorstellung unseres Reformvorhabens über die überraschend freundliche Reaktion von Frau Dr. Mathes freuen durfte, stelle ich nun mit Erleichterung fest, dass Herr Dr. Güldner wieder zur klassischen Oppositionsrolle zurückgefunden hat

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

und uns, den beiden Regierungsfractionen, Herr Dr. Güldner, selbstverständlich Halbherzigkeit vorwerfen muss. Ihre Forderungen haben wir bereits in der letzten Debatte als untauglich bewertet, und dort, wo sie tauglich waren, waren sie von uns abgekupfert, so dass ich hier nicht erneut darauf eingehen möchte.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich kann man immer darüber diskutieren, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Ich muss sagen, ich habe es zunächst, als ich die Beschlüsse der großen Koalition gehört habe, für mich so interpretiert: Das Glas ist halb voll, es passiert endlich etwas für die Beiräte, die hier permanent ausbluten, da, wo seit zwei Jahren wirklich keine Arbeit vor Ort mehr stattfinden kann. Das müssen Sie sich auch einmal klar machen: Seit zwei Jahren pas-

siert in einigen Beiräten nicht einmal das rechtlich Erforderliche.

Mir ist da einfach ein Stein vom Herzen gefallen. Ich habe gesagt, endlich bringen Sie etwas auf den Tisch, damit in dieser Stadt auch wieder ein demokratisches Leben zumindest auf dieser Ebene stattfindet, wenn schon nicht hier in diesem Parlament, dann wenigstens an der Basis. Das war der erste Punkt.

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Es gibt ja immer unterschiedliche Auffassungen. Ich habe gesagt, das Glas ist halb voll, meine Fraktion sagt, das Glas ist halb leer, und das finde ich auch legitim, und das ist so in Ordnung.

Jetzt muss ich aber noch einmal Herrn Pflugradt ansprechen, weil Sie ein paar Punkte immer noch nicht verstanden haben.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Nein, ist richtig! Ich bin ein bisschen doof!)

Zentral ist doch der Punkt der finanziellen Absicherung. Da hatten wir extra die Kleine Anfrage gestellt, aus der hervorgeht, dass in den Jahren 1999 und 2000 ein gemittelter Bedarf von ungefähr 7,5 Millionen DM jährlich bestand für die Arbeit, wie sie in diesen zwei Jahren war. Die Arbeit in diesen zwei Jahren war so, dass mehrere Stellen nicht besetzt waren. Wenn Sie jetzt sagen, Sie möchten die Beiräte wieder arbeitsfähig machen, dann müssen Sie nicht dies als Grundlage nehmen, sondern Sie müssen 8,5 Millionen DM jährlich zur Verfügung stellen, damit wieder Arbeitsfähigkeit entstehen kann. So kommt unsere Summe zustande, die konsistent mit der Mindestausstattung ist, die wir auch fordern. Sie muss hier nämlich an einem Status orientiert sein, der nicht der Status ist, der wirklich nur noch das Geringste an Möglichkeiten bietet.

Der zweite zentrale Punkt ist der Ausschuss der Stadtbürgerschaft für Beiratsangelegenheiten. Dieser Ausschuss ist entsprechend dem Petitionsausschuss gedacht. Das bedeutet überhaupt keine höhere Bürokratisierung, sondern der zentrale Punkt dabei ist, dass wie beim Petitionsausschuss im Konfliktfall erreicht werden kann, dass man hier in der Stadtbürgerschaft dann öffentlich debattiert. Das ist der entscheidende Punkt, dass man nämlich einen Mechanismus einbaut, der auch eine Öffentlichkeit in der Stadtbürgerschaft herstellt, der dann auch diejenigen Abgeordneten, die vor Ort tätig sind, hier auch dazu veranlasst, ihre Entscheidungen entsprechend deutlich zu machen. Das ist ein ganz wesentlicher Unter-

schied zur so genannten Einvernehmensregelung der großen Koalition.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch auf den letzten Punkt eingehen. Auch wir Grünen sind ständig in Verhandlungen mit unseren Beiräten, und man muss da auch sehen, dass es in den einzelnen Beiräten verschiedene Beschlüsse gibt. Beispielsweise ist der Beschluss des Beirats Mitte/Östliche Vorstadt hinsichtlich der Beirätereform identisch mit den Anträgen der Grünen. Das ist mit den Stimmen der SPD passiert, und so einstimmig kann dann in der Tat die Situation nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss noch einmal betonen, auch wir haben im Vorfeld unsere Abstimmung hier noch einmal mit unseren Beiräten rückgekoppelt. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss einige ganz kurze Bemerkungen machen! Die Koalition hat sich laut ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, die Arbeit der Beiräte zu stärken. Das ist auch die Meinung des Senats, und ich finde es hervorragend und erwähnenswert, dass wir feststellen können, dass in der Mitte der Legislaturperiode mit diesem Vorschlag der beiden Fraktionen ein ganz wichtiger Schritt vorangegangen worden ist.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der Arbeitsgruppe der beiden Regierungsfractionen bedanken, dass hier mit konkreten Ergebnissen ein Grundstein dafür gelegt worden ist, dass die Beiräte in ihrer Arbeit Vertrauen haben können, dass das Parlament und der Senat sie in ihrer Arbeit unterstützen. Das finde ich ganz wichtig, auch wenn man sich sicherlich mehr wünschen würde, das ist völlig klar. Das ist uns allen klar, aber angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen ist es einfach so.

Wir haben ja auch am Anfang versucht, Herr Kleen, Herr Böhrnsen, einen Ausschuss der Deputation für Inneres damit zu beauftragen. Wir haben überlegt, ob das Innenressort dies nicht allein mit den Beiräten, mit den Ortsämtern entwickeln soll, doch ohne die flankierende Unterstützung der beiden Regierungsfractionen ist so eine Arbeit nicht möglich, denn hiermit sind finanzielle Implikationen verbunden. Darum möchte ich noch ein-

mal ausdrücklich sagen, was hier auch die beiden Sprecher der Regierungsfractionen erklärt haben: Wir haben hier eine bevorzugte Behandlung des Beiratsbereichs durch eine Vorwegnahme von Haushaltsentscheidungen. Das ist ein sagenhaftes Prä, das man hier einbeziehen kann. Ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken. Das bedeutet, dass die Beiräte wissen, dass sie auch in Zukunft in ihrer Arbeit gesichert sind. Dies ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, den man hier herausheben muss. Das Sitzungsgeld, Herr Dr. Güldner, ist bereits durch die letzte Diskussionsrunde verbessert worden. Das ist bereits etwas, das eine Anerkennung der Arbeit der Beiräte bedeutet.

Was ich zum Schluss sagen will: Ich weise es entschieden zurück, Herr Dr. Güldner, wenn Sie hier sagen, der Senat würde die Beiräte „verarschen“. Das, was die Senatsressorts, insbesondere Bauressort, Sozialressort, Inneres und Kultur, intensiv mit den Beiräten zu tun haben, wo nicht nur die Behördenspitzen, sondern auch die entscheidenden Verwaltungsbeamten sich ständig die Klinke in die Hand geben, um dort mit dem Beirat zu sprechen, das als Verarschung zu bezeichnen weise ich mit Nachdruck zurück! Ich finde es sehr gut, dass von Ihnen jetzt auf diese Präzisierung eingegangen wird, in der mir bestimmte Rechte noch einmal pointiert werden.

Wir haben aber bereits in der Vergangenheit - Frau Wischer, ich schaue Sie mit an, weil Sie ja als Bausenatorin sehr intensiv mit den Beiräten diskutieren - die Beiratsarbeit ernst genommen. Wir nehmen sie auch in Zukunft ernst. Deshalb ist das zurückzuweisen, wenn Sie sagen, hier gäbe es eine Verarschung der Beiratsarbeit! Meine Damen und Herren, ich kann das schon ein bisschen beurteilen, weil ich auch früher als Bausenator sehr viel durch die Beiräte getingelt bin.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich für die Klarstellung in dieser Gesetzesnovellierung. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Unterstützung des Parlaments für die finanzielle Verbesserung der Beiratsarbeit, und ich bin sicher, dass das eine gute Grundlage ist, auch mit dem zweiten wichtigen Reformschritt voranzukommen, der uns nun die nächsten zwei Jahre beschäftigt, nämlich auch die lokale Dienstleistung für die Bürger zu optimieren. Beides sind Bereiche, die zusammengehören, die Arbeit der Beiräte und den Kundenservice der Verwaltung zu verbessern. Beides zusammen müssen wir bis Ende der Legislaturperiode erledigt haben. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fractionen der SPD und der CDU mit der Drucksachennummer 15/321 S abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Nun lasse ich über den Gesetzesantrag der Fractionen der CDU und der SPD mit der Drucksachennummer 15/322 S abstimmen. Ich bitte, bei der Abstimmung über die Drucksache 15/322 S noch folgende Änderungen zu berücksichtigen. Der Artikel 1 Nummer 5 erhält folgende Fassung: „Fünftens: In Paragraph 15 Absatz 3 werden in Satz 1 die Worte ‚Proportionalverfahren nach Hare/Niemeyer‘ durch die Worte ‚Verfahren nach Sainte Laguë/Schepers‘ - und jetzt neu eingefügt - ‚und in Satz 2 das Wort ‚Proportionalzahl‘ durch das Wort ‚Höchstzahl‘ ersetzt.“

Zweitens: „Der Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe a) erhält folgende Fassung: ‚a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt: Die Verteilung dieser Funktionen erfolgt nach dem Verfahren von Sainte Laguë/Schepers auf alle im Beirat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen.“

Drittens: „Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a) erhält folgende Fassung: ‚a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung: Die stadtbremischen Behörden, soweit sie selbst oder durch Dritte öffentliche Aufgaben wahrnehmen, sind verpflichtet, bei allen Angelegenheiten, die im Ortsamtsbereich von öffentlichem Interesse sind, rechtzeitig über das Ortsamt eine Stellungnahme des Beirats einzuholen, die der entscheidenden Stelle zur Beratung vorzulegen ist.“ - Soweit die beantragten Änderungen!

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den An-

derungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen-Nummer 15/332 S, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/332 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Wer dem Gesetzesantrag mit der Drucksachen-Nummer 15/322 S unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Als Letztes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/331 S abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Richtungswechsel für die Umgestaltung des Rembertikreisels und angrenzender Quartiere

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001

(Drucksache 15/323 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es in dieser Stadt ein Symbol gibt, das städtebaulichen Größenwahn und Stadtzerstörung symbolisiert, dann ist es der Rembertikreisel! Allerdings steht er genauso auch für ein Symbol des Kampfes gegen Stadtzerstörung.

Es gibt wohl keinen Ort in dieser Stadt, an dem sich städtebauliche Fehler der Vergangenheit so gut ablesen lassen wie dort. Er hat eine lange Geschichte. Das Stadtplanungsamt hat sich hier nicht gerade mit Ruhm bekleckert. 1948 gab es den ersten Plan des Stadtplanungsamtes mit Schnellstraßenspange, Mozarttrasse und Sankt-Pauli-Durchbruch. Noch 1971 ging das Bauressort von gigantischen Wachstumsgrößen in Bremen aus. Man sprach von einem Zuwachs, 800.000 Bürger sollte Bremen haben, und entsprechende Verkehrszuwächse sollten kommen. Also noch 1971 hielt das Bauressort am Rembertikreisel und am Schnellstraßennetz fest.

Es ist ausschließlich dem Kampf der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort zu verdanken, dass es dazu nicht gekommen ist. Hier, muss ich sagen, hat der SPD-Ortsverein Altstadt eine positive Rolle gespielt -

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Nicht nur der!)

gut, Frau Lemke-Schulte, Sie können das ja erweitern -, auf jeden Fall gab es den Kampf gegen diese Stadtzerstörung, und dadurch ist es gemeinsam mit dem Beirat gelungen, einen Teil der Stadtzerstörung zu verhindern. Die Mozarttrasse wurde nicht gebaut, und das ist gut. Es ist gut für Bremen und gut für diesen Stadtteil, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Heute geht es um einen neuen Bebauungsplan, um die Umgestaltung des Rembertikreisels, und man sollte meinen, das Bauressort, das Stadtplanungsamt, die Verkehrsplaner würden aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Leider ist das nicht der Fall. Es gibt vom Bauressort bis heute kein Gesamtkonzept für die Bahnhofsvorstadt, kein stadtplanerisches Leitbild, wie man denn, mit welcher Architektur, mit welchem Mix von Woh-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

nen, Arbeiten, Urbanität mit diesem empfindlichen Stadtteil zwischen Ostertor und Bahnhofsvorstadt umgehen will. All das gibt es nicht! Dafür gibt es jetzt einen Bebauungsplan, der den Städtebau zum Wurmfortsatz der Verkehrsplanung verkümmern lässt, meine Damen und Herren, und das wollen wir Grünen mit unserem Antrag verhindern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verkehrsplaner sind es, die zurück zur autogerechten Stadt wollen. Ich will das am Beispiel erläutern. Es geht hier eben nicht nur um den Rembertikreisel. Dieser führt einerseits auf die Hochstraße, die die ganze Bahnhofsvorstadt zerschneidet, und andererseits beginnt diese Straßenplanung in der Kurfürstenallee. Dort ist diese Straße eine Rennstrecke. Jetzt plant das Bauresort mit den Verkehrsplanern eine Aufweitung der Schwachhauser Heerstraße, eine Verbreiterung des Concordia-Tunnels, und dann soll diese Rennstrecke von der Kurfürstenallee geradeaus vierspurig in einem eleganten Bogen die Hochstraße erreichen. Meine Damen und Herren, das ist eine Verkehrsplanung zurück in die sechziger Jahre, zurück zur autogerechten Stadt! So kann man mit diesem Grundstück Rembertikreisel nicht umgehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei gäbe es jetzt die einmalige Chance, aus den alten Fehlern zu lernen und etwas Stadt zu reparieren, denn an dieser Stelle geht es um Stadtreparatur, um die neue Anbindung zerrissener Straßen wie Fedelhöfen und Rembertistraße. Es geht darum, Verkehr verträglich zu gestalten, so dass die Bewohnerinnen und Bewohner das Gefühl haben, hier wird etwas gutgemacht, besser gemacht für die Stadt, den Stadtteil und die gesamte Bahnhofsvorstadt. Aber all dies passiert nicht. Die Verkehrsplaner rechnen abermals mit Wachstumszahlen von Bremen, von Verkehren und haben immer noch nicht begriffen, dass wir keine wachsende Stadt mehr sind, meine Damen und Herren.

Zur Hochstraße: Für uns ist die Hochstraße ein zentraler Bestandteil der ganzen Umplanung der Bahnhofsvorstadt. Deswegen sagen wir auch, wenn man den Rembertikreisel städtebaulich aufwerten will, wenn man ihn als attraktiven Stadtteil neu bebauen will, ist es ganz entscheidend, wie man mit der Hochstraße in Zukunft umgehen will. Ziel muss aus unserer Sicht sein, diese Hochstraße langfristig überflüssig zu machen, sie abzubauen, sie aber nicht durch eine Straßenplanung wie die jetzt vorliegende zu verewigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir alle wissen, dass die Hochstraße die Aufwertung der ganzen Bahnhofsvorstadt einschließlich des Bahnhofsvorplatzes verhindert. Mit dieser Hochstraße wird es auch keinen attraktiven Rembertikreisel geben, mit welcher Bebauung auch immer. Deswegen fordern wir, Kollege Pflugradt, in unserem Antrag, dass es zweierlei geben soll. Einerseits soll es einen Planungsbeirat geben. Wir möchten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort, das Ortsamt, die Beiräte und die Architektenkammer in einem Planungsrat gleichberechtigt an dem Planungsprozess für den Rembertikreisel beteiligt werden und dass dieser Planungsbeirat bis zum Ende des Jahres einen Masterplan für das gesamte Gebiet, die gesamte Bahnhofsvorstadt vorlegt. Parallel dazu, und das ist uns genauso wichtig, soll es andererseits ein Gesamtverkehrskonzept geben, das die A 27, die Kurfürstenallee, die Schwachhauser Heerstraße, den Concordia-Tunnel, den wir nicht aufweiten wollen, den Rembertikreisel und die Hochstraße einbezieht, und zwar dergestalt, dass man zukünftig auf die Hochstraße verzichten kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, gerade weil es darum geht, die Sünden der Vergangenheit zu reparieren, Stadtteile wieder zusammenzuführen, die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, der Bürgerinitiativen und der Beiräte ernst zu nehmen, ist diese Hochstraße von zentraler Bedeutung. Sie symbolisiert die Fehler der Vergangenheit und macht eine attraktive Entwicklung des ganzen Gebiets unmöglich. Von daher möchte ich mit der Genehmigung des Präsidenten mit einem Zitat von Franz Rosenberg schließen. Herr Rosenberg war der oberste Baubeamte, verantwortlich für die Nordtangentialen-Planung:

„Für die Hochstraße als Bauwerk war eine formal elegante Form gefunden worden, und die entlastende Funktion für den Bahnhofsvorplatz war evident. Trotzdem war ich entsetzt, als ich die Hochstraße zum ersten Mal befuhr, denn von einem Raumerlebnis konnte keine Rede sein, weder für den Autofahrer oben auf der Hochstraße noch für die Verkehrsteilnehmer auf dem Straßenniveau des Breitenweges. Es war ein schmerzhafter Misserfolg, und es gab keine Entschuldigung. Ich hatte mich vollkommen getäuscht, und dass ich mich in guter und zahlreicher Gesellschaft befunden hatte, war kein Trost.“

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, Frau Senatorin, damit solche oder ähnliche Sätze nicht von Ihnen irgendwann einmal über die Neubebauung des Rembertikreisels gesagt wer-

den müssen, fordere ich Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einleitung von Frau Krusche hat mir gut gefallen, weil sie noch einmal dargelegt hat, wie die Mozarttrasse geplant wurde und wie es vor allem gelungen ist, und ich glaube, das teilen heute alle, diese Planung zu beenden und diese Mozarttrasse nicht zu reduzieren, ich meine, nicht zu realisieren. Sie werden gleich verstehen, warum ich diesen Freud'schen Versprecher gerade hatte.

Wie man es dann schaffen kann, auf die jetzt vorliegende Planung hinüberzuspringen, das halte ich für ein kleines Kunstwerk. Das, was jetzt für die Neugestaltung des Rembertikreisels vorgesehen wird, ist doch nicht die Schaffung einer neuen Autotrasse, sondern ist doch ein Rückbau der überdimensionierten Verkehrsanlagen von früher. Es geht jetzt darum, den Kreislauf so zu gestalten, dass er wieder stadtvträglich wird und sich städtebaulich einpasst. Das hat also nichts damit zu tun. Was wir jetzt angehen, ist die Reparatur dessen, was vor vielen Jahren als Fehlplanung begonnen und auch schon teilweise umgesetzt wurde. Ich habe diesen Sprung nicht verstanden.

Ich will vielleicht, bevor ich noch ein, zwei Dinge hier zur Sache sage, auch deutlich machen, dass ich diesen Antrag an sich einen großen Widerspruch finde, weil er berechtigterweise auf den Planungsbeirat abhebt. Das ist übrigens keine Erfindung vom Bündnis 90/Die Grünen, wie Sie es hier sagen.

(Zuruf der Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie sagten: Wir möchten diesen Planungsbeirat! Es ist keine Idee der Grünen, sondern ein Beschluss und ein Wunsch des Beirats. Es ist jedenfalls ein Grundgedanke, dem man, finde ich, übrigens auch folgen sollte. Ich habe auch die Senatorin so verstanden, dass sie das auch so sieht und sogar selbst diesen Vorschlag noch konkretisiert hat.

Es geht jetzt in dem Zusammenhang aber doch um den Punkt, dass ich nicht auf der einen Seite zu Beginn eines Verfahrens sagen kann, ich will so etwas wie Basisdemokratie, ich nehme einmal dieses Pathos auf, weil ich will, dass die Beiräte beteiligt werden und dass wir noch einen Pla-

nungsbeirat machen und dass wir dafür sorgen, dass alle frühzeitig ihre konzeptionellen Überlegungen einbringen können - das ist der eine Teil des Antrags, d' accord - und auf der anderen Seite dann plötzlich en détail von oben durch die Stadtbürgerschaft schon einmal Vorschläge machen, wie es denn im Einzelnen auszusehen hat. Das, finde ich, passt nicht zusammen. So kann man keinen Antrag aufbauen, auf der einen Seite Vorgaben und auf der anderen Seite Basisdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme gleich zur Sache. Ich will noch sagen, wir stehen sehr am Anfang des Verfahrens. Wir bitten als Koalitionsfraktionen deshalb darum, dass dieser Antrag an die Baudeputation überwiesen wird, damit wir die dort angesprochenen Punkte beraten, aber hier keine frühzeitigen Vorfestlegungen machen, sondern das ganze Thema ernsthaft und gründlich angehen.

Jetzt will ich noch einmal auf den Inhalt kommen. Zielsetzung ist doch, die städtebauliche Brache auf der einen Seite zu beseitigen und aufzuwerten und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass der Verkehr fließend gehalten wird. Da beißt die Maus keinen Faden ab, dass dies ein Bereich ist, der jetzt schon ein hohes Verkehrsaufkommen hat. Es braucht noch eine Vielzahl guter Lösungen für einzelne Bereiche, die man, glaube ich, hier nicht en passant beschließen kann, bevor wir überhaupt weitere detaillierte Planungen vorliegen haben.

Ich will nur zu dem verkehrlichen Bereich sagen, dass es ja auch schon verschiedene Berechnungen gibt, dass diese Relationen von 30.000 bis 40.000 Fahrzeugen pro Tag genutzt werden, und da spielt die Debatte um die Hochstraße für den Rembertikreislauf erst einmal keine Rolle. Hochstraße hin oder her, Gestaltung hin oder her, man wird kaum unter 30.000 bis 40.000 Fahrzeuge kommen. Dieser Raum muss erhalten bleiben, dafür braucht man im Übrigen nicht auszubauen.

Frau Krusche spricht davon, es solle auf vier Spuren erweitert werden. Wer da in seinem Leben schon einmal mit seinem Pkw vorbeigefahren ist, weiß, dass wir dort schon vier Fahrspuren haben, zwei in jede Richtung. Es geht dort also nicht um eine Ausweitung, sondern um eine vernünftige Gestaltung. Es gibt aber eine wichtige Ausweitung, die realisiert werden soll, nämlich die Straßenbahn auf einen eigenen Gleiskörper zu bringen und damit den ÖPNV leistungsstärker zu machen und sozusagen als Vollendung des Gesamtbauwerks oder des Gesamtvorhabens Linie vier auch an dieser Stelle dafür zu sorgen, dass das möglich ist.

Ich finde im Übrigen auch richtig, dass wir noch einmal schauen, wie wir es hinbekommen, diese schwierige Schleifmühlenumfahrung zu beseitigen, Sie haben es angesprochen. Das hier aber so schlank zu beschließen, da habe ich schon deshalb große Probleme, weil mir bisher kein einziger Plan vorliegt und ich von allen Fachleuten nichts gesehen habe, wie wir das möglich machen, ohne die Centauren-Apotheke abzureißen. Gut, stellen Sie sich hin und sagen, wir reißen die Centauren-Apotheke ab! Das ist aber ein doch etwas zu großer Wurf an dieser Stelle. Da gilt es noch viel Schmalz zu bewegen -

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gehirnschmalz! -, um eine vernünftige Lösung hinzubekommen.

Ich darf zum Letzten sagen, um jetzt die ganze Frage der städtebaulichen Seite anzusprechen: Dieses Areal um den Rembertiring mit den auseinander laufenden großen Trassen muss neu geordnet werden, es sollen dort Bauten für Büronutzung erstellt, aber auch eine Ausweitung für Wohnungsbau möglich gemacht werden. Auch das wird eine Aufgabe, für die es ja auch richtig ist, dass ein Planungsbeirat berufen wird, der dieses Thema angeht.

Also, Strich darunter: Heute hier zu beschließen wäre vorschnell, würde auch dem Prozess vor Ort und dem Anliegen des Beirats meines Erachtens kräftig gegen das Schienbein treten, weil dieser erst mitreden will. Wir sind noch lange nicht so weit im Prozess, dass wir hier schon schnell etwas beschließen, darum sind wir für die Überweisung an die Baudeputation und die Behandlung des Themas dort im Rahmen des Verfahrens.

Ich will aber an der Stelle auch deutlich sagen, dass das keine Angelegenheit werden darf, die uns hier wieder im Eilzugtempo oder Intercitytempo in der Bürgerschaft erreicht. Wir brauchen die notwendige Zeit, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen, und können dann im Gesamtkomplex auch mit der Behandlung dieses Antrags wieder hier in der Bürgerschaft auftreten, wenn wir vernünftige Lösungen haben. So sollten wir es machen, das ist der richtige Weg. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, Sie haben ja einen großen Bogen geschlagen mit Ihrer Kritik an

der Stadtentwicklungspolitik. Ich will einmal mit einer kleinen Bemerkung darauf eingehen. Keine Stadt dieser Welt, die sich in den letzten Jahrhunderten entwickelt hat, hat nicht auch Fehlentwicklungen gehabt und Fehlentscheidungen getroffen. Über die Frage, ob das eine richtige oder falsche Entscheidung war, ist die Zeit hinweggegangen. Ich glaube, das hilft uns nicht weiter. Wir sagen ja gemeinsam, dass hier der Kreislauf aufgehoben werden soll und dass es zu einer Bebauung kommen soll.

Sie versuchen, einen Spagat zu machen, einerseits sagen Sie, die Erreichbarkeit der Innenstadt für Ziel- und Quellverkehre soll sichergestellt werden, aber andererseits wollen Sie die Verbindung von der A 27 über das Knie Kurfürstenallee, Schwachhauser Heerstraße, Rembertiring auf Einspurigkeit reduzieren. Ich glaube, das beste Mittel, um die Innenstadt von Ziel- und Quellverkehren zu befreien, wäre die Schließung des Autobahnringes. Zum Beispiel von den Zulieferern aus dem Güterverkehrszentrum zu Daimler - weil das ja immer als Beispiel in diesem Zusammenhang genannt wird mit der Schwachhauser Heerstraße, hier nehmen die Zulieferer diesen Weg dann durch die Innenstadt - würde keiner diesen Weg nehmen, wenn es den Autobahnring gäbe. Wenn man auf der Autobahn ist, wird man auf der A 1 über den Hemelinger Tunnel dann direkt zu Daimler fahren und nicht quer durch die Innenstadt die ganzen Schleichwege nehmen wollen, das ist ja eine Zumutung. Insofern ist das widersprüchlich.

Im Übrigen müssen Sie dann schon einmal sagen, wenn Sie auf das Verkehrskonzept abheben, was Sie sich denn hier vorstellen. Bisher gibt es da schon 38.000 Fahrzeuge pro Tag. Wie Sie das mit einer einspurigen Straße bewältigen wollen, das müssen Sie schon einmal sagen. Sie wollen ja auch den Concordia-Tunnel nicht erweitern, was die Breite und Höhe anbetrifft. Ich finde, da muss man schon einmal sagen, welches Alternativkonzept man hat, wie man denn diese Verkehre bewältigen will, ohne die Erreichbarkeit der Innenstadt einzuschränken. Im Übrigen gehen ja alle Verkehrspolitiker und diejenigen, die sich damit beschäftigen, davon aus, dass es im Verkehrsbereich Zuwächse geben wird, was den Auto- und Lastkraftwagenverkehr betrifft.

Selbst die rotgrüne Bundesregierung geht davon aus, dass es da erhebliche Zuwächse geben wird. Ich will das jetzt gar nicht weiter bewerten, sie meint ja, sie betreibe eine sehr fortschrittliche Verkehrspolitik. Sie glauben ja auch, dass Sie die nächsten 20 Jahre an der Regierung sind, aber trotzdem gehen Sie davon aus, dass es in diesen ganzen Bereichen Verkehrszuwächse geben wird.

Insofern müssen Sie das auf Bremen herunterrechnen und können nicht sagen, auf der Schwachhauser Heerstraße werden dann plötzlich aus 38.000 Fahrzeugen einmal 32.000 oder 30.000 Fahrzeuge, die wir dann vielleicht mit einer einspurigen Straße oder vielleicht auch nicht bewältigen können. Dies ist, glaube ich, ein bisschen widersprüchlich in Ihrer Argumentation und deswegen nicht ganz logisch und nachvollziehbar.

Wir werden über diese Frage im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens weiter diskutieren. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens werden wir dann auch auf Ihren Antrag zurückkommen. Herr Dr. Sieling hat es angesprochen, es heißt nicht, wenn wir den jetzt zur Berichterstattung an die Baudeputation überweisen, dass er in Kürze wiederkommt. Er kommt dann wieder, wenn wir über die Frage der Bebauungspläne entscheiden, darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen, damit wir nicht kritische Diskussionen in der Baudeputation oder sonst wo im Parlament Nachfragen bekommen. Ich weise ausdrücklich darauf hin.

Ich sage allerdings auch eines: Uns geht es sehr darum, möglichst schnell unter Beteiligung aller, die dafür zuständig sind, das ist auch schon einmal angesprochen worden, ein zügiges Verfahren zu finden, was das Bebauungsplanverfahren betrifft, damit wir endlich einmal da auch zu einer vernünftigen Bebauung kommen. Deswegen werden wir alles daran setzen, dass dieses Problem so schnell wie möglich gelöst wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Pflugradt, Sie müssen nicht immer wieder versuchen, irgendetwas daherzureden, was ich nicht gesagt habe. Ich habe nicht von einer einspurigen Straße geredet. Das ist einfach Quatsch. Insofern wird es auch dadurch, dass Sie es dreimal sagen, nicht richtiger. Völlig klar ist, dass das, was Sie augenblicklich planen, eine stadtauto-bahnähnliche Straße wird. Das ist das, was wir kritisieren.

Wir kritisieren gleichzeitig das Amt für Straßen und Verkehr und damit auch das Bauressort, dass es ohne solide Verkehrsprognosen eine Straßenplanung macht, die so überdimensioniert ist, dass, wenn sie denn so Wirklichkeit wird, von einer Stadtstraße nicht mehr die Rede sein kann. Um den Punkt geht es uns. Dass das nicht autofreies

Wohnen wird, ist völlig klar, davon geht auch niemand von den Grünen aus.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Frau Kollegin, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Vielleicht klären wir das ja in einem direkten Dialog. Wenn Sie sagen, Sie sind nicht für eine Einspurigkeit, dann müssen Sie logischerweise, da ich nicht unterstelle, dass Sie für eine Nullspurigkeit sind, für eine Zweispurigkeit sein. Dann weiß ich allerdings nicht, wo wir uns unterscheiden. Wir wollen auch eine Zweispurigkeit.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben nicht genau zugehört, Herr Kollege Pflugradt! Es geht um die Straßenführung. Es geht um die Struktur der Straße, wie man sie über den Rembertikreisel führt, ob man von der Kurfürstenallee bis zur Hochstraße eine einzige Rennstrecke macht, und das ist Ihr Ziel mit der Aufweitung des Concordia-Tunnels, mit der Aufweitung der Schwachhauser Heerstraße. Dies wollen wir nicht. Wir wollen, dass der Verkehr deutlich abgebremst wird, dass Autofahrer, die durch den Concordia-Tunnel kommen, wissen, sie sind hier in einem Stadtteil, und der Straßenverlauf ist eine Stadtstraße, die die Beschleunigung herausnimmt und es möglich macht, auf die Hochstraße zu verzichten. Das ist unser Ansatz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht hier nicht darum, dass wir eine Dorfstraße bauen wollen, keineswegs, Kollege Pflugradt. Das mache ich hier noch einmal ganz deutlich. Es geht allerdings darum, alte Straßenbezüge wieder herzustellen. Alles das habe ich in meinem ersten Beitrag gesagt, und deswegen lasse ich es dabei auch gut sein.

Ich will noch einen Satz zur Überweisung an die Baudeputation sagen und auf Carsten Sieling eingehen. Ich bin damit einverstanden, wenn es denn eine Frist gibt. Aus der Erfahrung mit dem Umgang mit überwiesenen Anträgen möchte ich gern, dass man sich eine zeitliche Befristung setzt. Ich würde also vorschlagen, dass man sich April 2002 als Frist setzt. Ich hätte es dann natürlich gern in der Logik der Sache, dass bis dahin aber auch alle Aufweitungspläne für die Schwachhauser Heer-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

straße und den Concordia-Tunnel nicht weitergeführt werden. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe jetzt nur auf den Punkt der Frist ein. Es ist eher ein Punkt des grundsätzlichen Umgehens, weshalb ich auch gegen eine Fristsetzung bin. Wenn wir das jetzt mit der Maßgabe überweisen, dass wir sagen, die Beteiligung der Beiräte und des Planungsbeirates soll ordentlich laufen, und gleichzeitig brauchen wir die richtige sachliche und fachliche Zeit, um die Planung vernünftig zu machen, sollten wir uns doch jetzt nicht selbst mit Fristen binden. Die Bindung hängt an diesem Bebauungsplanverfahren, was Sie ja selbst ansprechen. Herr Kollege Pflugrad hat es hier auch noch einmal gesagt. Das ist die Fristbindung. Die große Koalition ist ja in der Regel dafür bekannt, dass sie bei Maßnahmen eher versucht, sie schnell zu realisieren. Von daher ist, glaube ich, eine Fristsetzung nicht sinnvoll und nützlich.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Schade, ich habe den Zwischenruf nicht verstanden.

Ich würde Sie bitten, dass wir vielleicht dann gemeinsam die Überweisung beschließen ohne eine Frist, und wir versprechen, dass wir Dampf machen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal feststellen, und das haben meine Vorredner auch schon getan, dass wir sicherlich in der Analyse der Geschichte, Frau Krusche, einer Meinung sind. Es ist eine städtebauliche Sünde, das ist nicht zu bestreiten. Es hat zu der damaligen Zeit, als das entstanden ist, in der Tat andere Vorstellungen gegeben, andere städtebauliche Konzeptionen gegeben. Es hat auch andere Vorstellungen von Wachstum und Symbolen von Wachstum gegeben, nicht nur in Bremen, sondern europaweit und nicht nur in Europa.

Es gab eine Vorstellung, dass Städte der Zukunft eben gekennzeichnet sind durch solche breiten

Trassierungen, durch Hochhausbauten und vieles mehr. Dies waren die damaligen Erkenntnisse. Dass man Jahrzehnte später zu anderen Ergebnissen kommt, möglicherweise auch Jahrzehnte nach uns Generationen wiederum zu anderen Auffassungen kommen, will ich einfach dahingestellt sein lassen. Es waren städtebauliche Sünden, und es geht jetzt darum, diese städtebauliche Sünde wieder zu heilen, zu reparieren und Vorstellungen dazu zu entwickeln.

Der Dreh- und Angelpunkt dessen, worum wir uns auch in den öffentlichen Diskussionen bisher gestritten haben, ist in der Tat die Seite des Verkehrs. In all den Diskussionen um die Frage, wie denn konkret die bauliche Gestaltung am Remberktkreisel sein soll, ist am wenigsten bis dahin öffentlich etwas dazu gesagt worden, sondern es ging immer um die Frage, wie wird sich der Verkehr abspielen, weil daraus geschlossen wurde, dass, wenn der Verkehr so, wie er jetzt ist, bleibt, eine städtebauliche Nutzung durch Dienstleistung oder Wohnungen nur noch ausgeschlossen werden könne. Sie machen es daran fest, und das ist ja auch in der öffentlichen Diskussion so gewesen, dass eben immer solche Begriffe wie Rennstrecke ins Spiel gebracht worden sind, die signalisierten, das, was da angedacht worden ist, soll ein autobahnähnlicher Zugang zur Stadt sein, der diese Quartiere teilt.

Ich persönlich habe es in der Form überhaupt nie verstanden. Selbst wenn man jetzt nichts an den Vorschlägen des Bebauungsplanentwurfes ändern würde, dann entsteht nun keinesfalls eine Trasse, sondern das, was an Dimensionierung vorgenommen wird, entspricht Stadtstraßen, entspricht beispielsweise der Parkallee, der Bismarckstraße oder anderen Straßen. Es kann also keine Rede von autobahnähnlichen Strecken oder Rennstrecken sein.

Was die Frage der Verkehre anbelangt, so hatte es sehr wohl auch Vorstellungen in den öffentlichen Debatten gegeben, möglicherweise nicht von Ihnen, Frau Krusche, die sagen, hier muss der Verkehr mindestens um die Hälfte reduziert werden. Das waren die Diskussionen, die geführt worden sind, wo ich nur sagen konnte, dies wird nicht erreichbar sein. Es ist eine Illusion zu meinen, auf dieser Strecke den Verkehr um 50 Prozent zu reduzieren.

Wenn es um die autogerechte Stadt geht, können Sie mir nun wirklich nicht vorhalten, mir ginge es hier um die Verwirklichung der autogerechten Stadt, sondern, Herr Sieling hat darauf hingewiesen, dieses Thema steht im engen Zusammenhang mit einer Beschleunigung der Linie vier in dem entsprechenden Bereich. Wir wollen, dass

die Linie vier auch in diesem Teil Zeit gewinnt und durch eine eigene Trassierung eben Attraktivität erreicht. Das wird von Ihnen bestritten, Sie sagen, das sehen Sie nicht als wesentlichen Bestandteil an. Ich sehe es schon als wesentlichen Bestandteil an.

In der Frage der Verbindung mit der Hochstraße bin ich gar nicht weit von Ihnen weg. Auch ich sehe diese Hochstraße nicht als städtebauliche Glanzleistung, im Gegenteil, sie ist in der Tat ein Handicap für alle weiteren Entwicklungen, weil sie von der Gestaltung her tatsächlich ein einschneidendes, hässliches Band ist. Was immer man sich dazu überlegen kann, das ist irgendwann hier schon einmal in der Vergangenheit diskutiert worden. Man wird dann, wenn man die Hochstraße wegnimmt, zu einer anderen Lösung kommen müssen, um die komplizierten Kreuzungsbereiche wie zum Beispiel im Bereich des Hauptbahnhofes dann auch abwickeln zu können. Über solche Ideen kann man nachdenken, da gibt es auch Überlegungen und Gedanken, aber es hat unmittelbar im Augenblick aus meiner Sicht nichts mit der Frage Rembertikreisel zu tun. Da hat es etwas damit zu tun, wie wir die Straße gestalten.

In der Einwohnerversammlung, bei der Sie ja auch waren, hat es zum Beispiel den Vorschlag eines Architekten gegeben, der seinen Plan dort an die Wand genagelt und nun eine andere Form der Kurvenführung vorgeschlagen hat. Ich denke, darüber kann man doch nachdenken. Mein Angebot in dieser Einwohnerversammlung war, einen Gestaltungsbeirat einzuberufen, der sozusagen ein Qualitätsprofil entwickelt, der zusammengesetzt ist aus ganz vielen Beteiligten, Beirat und wer immer noch dazu kommen soll. Dieser Gestaltungsbeirat soll ein Qualitätsprofil entwickeln, das diesen Bereich an die angrenzenden Quartiere anknüpft und insofern die Trennung dieser beiden Quartiere aufhebt, denn die Situation, wie sie jetzt ist, ist eine trennende Situation.

Das, was vorgeschlagen worden ist, nimmt schon viel von dem Trennenden weg. Wenn man dann zu Modifikationen in der Frage der Schlantheit der Kurve kommt, finde ich, ist das überlegenswert, jedenfalls finde ich das überlegenswert. Nur, und das war in dem Vorschlag dieses Architekten ja auch enthalten, es bleibt eine Zweispurigkeit in jeder Richtung. Das war auch in dem Vorschlag enthalten.

Bezogen auf andere Detailfragen, die ja eine große Diskussion gehabt haben, sei es zum Tunnel selbst oder zu der Schleifmühlenumfahrung, kann man sich viele Dinge vorstellen, man kann die diskutieren, das haben wir auch getan, das ist auch nicht irgendwie ignorant, sondern vom Amt für

Straßen und Verkehr sehr sorgfältig dargestellt worden. Unterm Strich muss aber gewährleistet werden, und das gilt dann auch für eine Qualität dieses Quartiers, dass wir dort eine Flüssigkeit des Verkehrs haben. Sie wissen, wie kompliziert die Situation gerade dort Außer der Schleifmühle mit den Straßenbahnverkehren ist. Das ist nicht eben einfach, sondern da muss man genau schauen, was man, wenn man an der einen Schraube dreht, möglicherweise an der anderen Seite für massive Probleme bekommt, ganz abgesehen von den Überlegungen, die Herr Sieling hier noch angesprochen hat, die ja auch keine unstrittigen Dinge sind.

Mein Angebot ist gewesen, wir bilden einen solchen Gestaltungsbeirat. Ich denke, dass der Beirat selbst dieses Angebot für sich noch einmal konkretisieren und abstimmen wollte, und wir sollten im weiteren Verfahren dann die Anregungen aufnehmen. Grundlage wird bleiben, dass wir die Zügigkeit des Abflusses der zu erwartenden Verkehre gewährleisten müssen. Da beißt die Maus keinen Faden ab, das muss man hinbekommen an dieser Stelle.

Sie sagen, das ASV habe keine vernünftigen Prognosen abgegeben. Erstens habe ich die Erfahrung gemacht, dass immer, wenn jemand eine Prognose abgibt, der Nächste sagt, nein, das glaube ich nicht! Das ist nun einmal die Erfahrung. Ich denke, es ist vom ASV ziemlich deutlich dargelegt worden, auf welcher Basis es seine Überlegungen angestellt hat. Es ist also nicht der Versuch gemacht worden, hier falsche Zahlen vorzutragen oder Zahlen zu verschweigen, sondern es wird dann jedes Mal bezweifelt, ob denn diese Annahmen wirklich richtig gerechnet sind oder ob man es hätte anders machen müssen. Also, ich glaube, über die Fragen der Prognostik kann man trefflich streiten, und wenn man noch drei dazu legen würde, würde man immer noch streiten.

Es ist doch völlig klar, dass sich die Beteiligten auf dem Stück von der Kurfürstenallee/Schwachhauser Heerstraße bis hin zum Rembertikreisel, das Sie genannt haben, im Grunde wünschen, dass die Verkehre an dieser Stelle weniger werden. Ich finde, hier ist es die Frage, wie man das hinbekommen kann. Wir sagen, wir können weniger Verkehre in dieser Stadt nur dann hinbekommen, wenn wir einen attraktiven ÖPNV schaffen. Das ist das Gegeninstrument. Andere Möglichkeiten sehe ich nicht. Ich denke, dass wir mit der Einberufung eines solchen Gestaltungsbeirates im weiteren Verfahren dann vielleicht auch dazu kommen, dass es für alle akzeptable Entwicklungen gibt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hierzu ist die Überweisung an die Baudeputation beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/323 S an die Baudeputation seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Überweisung an die Baudeputation zu.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/330 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Metz.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Herr Dr. Kuhn.

Herr Dr. Kuhn, als Erster möchte Herr Staatsrat Metz das Wort ergreifen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Vergnügen!)

Staatsrat Metz¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe etwas mit den Ursachen zu tun, und deswegen erlauben Sie mir, dass ich zunächst das Wort ergreife! Der Senat legt Ihnen den Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro vor, und ein entsprechender Gesetzentwurf hat die Änderung des Vermögensteuergesetzes aus gleichem Anlass zum Inhalt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Vergnügungsteuer ist das!)

Die Vergnügungsteuer habe ich gesagt, oder? Die Vergnügungsteuer!

Zwar ist eine gesetzliche Neuregelung in diesem Fall nicht zwingend erforderlich, im Falle dieser beiden Steuern empfiehlt es sich jedoch, die Steuerbürger und die Verwaltung nicht mit so genannten krummen Zahlen mit Nachkommastellen arbeiten zu lassen. Aus bestimmten Gründen macht es beispielsweise Sinn, einen Hundesteuerbetrag festzusetzen, der durch zwölf beziehungsweise durch die Zahl 24 halbwegs teilbar ist. Das hat etwas mit der monatlichen Festsetzung dieser Steuer zu tun.

Mit dieser Entscheidung, meine Damen und Herren, verlässt man die Automatik centgenauer Abrechnung auf der Grundlage ein Euro gleich 1,95583 DM und ist mit dem Problem einer Glättung konfrontiert. Punktlandung einerseits und Glättung andererseits schließen sich in aller Regel mathematisch aus. Beispiel Hundesteuer: Die Hundesteuer, von Ausnahmen abgesehen, beträgt zur Zeit 240 DM im Jahr. Spitz umgerechnet wären das 122,71 Euro. Aufgerundet auf 123 Euro, was der erste Entwurf vorsah, hätte das bedeutet, dass jeder Steuerbürger, soweit er Hundesteuer bezahlt, 57 Pfennig pro Jahr mehr bezahlt hätte. Das wären 6000 DM im Jahr für alle gewesen. Abgerundet auf die nächstmögliche Zahl, die halbwegs durch vier teilbar ist, auf 122,64 Euro, siehe neuer Entwurf, bedeutet das eine Entlastung über das Jahr von 14 Pfennig beziehungsweise 2200 DM Mindereinnahmen.

Nun will ich überhaupt nicht darum herum reden, und darum verlasse ich jetzt auch einmal diese Technik. Die Beträge, meine Damen und Herren, geben nichts her. Dennoch sage ich, und zwar an meine eigene Adresse, mir fällt da überhaupt kein Zacken aus der Krone, ich rede von mir, auch nicht vom Senat: Meine Zustimmung zu dieser minimalen Erhöhung war vor dem Gesamthintergrund Euro, wie ich finde, keine politische Meisterleistung. Ich sage das einmal so! Der Konflikt Notlageland, jeder Pfennig kann helfen, einerseits und Euro-Umstellung im Zusammenhang mit Misstrauen andererseits! Ich sage zu mir: Reinhard Metz, du hättest es eigentlich wissen müssen!

(Beifall)

Weil ich überhaupt keine Schwierigkeiten habe, mir diesen Schuh anzuziehen, deswegen stehe ich hier und möchte als Erster reden, und weil ich mir diesen Schuh angezogen habe, habe ich die Staatsräterunde gebeten, den Senatsentwurf zu ändern. Sie ist mir gefolgt und der Senat heute

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

morgen ebenfalls, und deswegen haben Sie diese neue Vorlage.

Sie wissen doch, ich liebe Sie!

(Heiterkeit)

Ich liebe doch das Parlament, das weiß jeder, der mich kennt. Ich wollte mich aber lieber von mir selbst korrigieren lassen als von Ihnen, haben Sie dafür Verständnis, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Was die Vergnügungsteuer anbelangt, waren da die Margen im Einzelfall etwas größer. Jetzt haben wir eine Lösung, bei der es 12.000 DM Minderaufkommen pro Jahr gibt, das sind 0,16 Prozent des Jahresaufkommens.

Meine Damen und Herren, die korrigierten Entwürfe liegen Ihnen vor. Eines darf ich sagen, weil ich fand, das war ein bisschen unverhältnismäßig. Lieber Herr Böhrnsen, den Vorwurf des Betrugs, der da in dem Fax auftaucht, das ich bekommen habe - Gott sei Dank, nachdem ich das alles initiiert hatte, nur damit hier auch einmal die Ursachen klar sind -, möchte der Senat, der die Vorlage hier vor einer Woche einstimmig, wenn auch mit meiner Hilfe und auf meine Anregung hin, verabschiedet hat, eigentlich so nicht hinnehmen. Ich glaube, das muss er auch nicht.

Zu den korrigierten Entwürfen hat jetzt die Bürgerschaft das Wort. Wie Sie damit umgehen, meine Damen und Herren, ob Sie überweisen, was Sie machen, da mische ich mich nicht ein.

Vielleicht haben Sie noch die Frage, ob noch etwas Ähnliches in der Pipeline ist, das könnte ja auch eine Rolle spielen. Ein Gesetzentwurf ist im Zusammenhang mit dem Finanzsenator noch in der Pipeline, und zwar ist das die Bremische Kostenordnung, die ja verschiedenste Gebühren einzelner Ressorts enthält und zentral beim Finanzsenator gebündelt wird. Eines verspreche ich Ihnen, ich werde gut aufpassen, darauf können Sie Gift nehmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Richtig beobachtet, Wind aus den Segeln genommen! Ich hatte mich wirklich darauf gefreut, weil ich nicht geahnt hatte, dass ich hier einmal zur Hundesteu-

er reden würde. Um etwas Grundsätzliches zu sagen: Ich freue mich, dass der Senat in dieser Frage lernfähig ist, weil es da in der Tat - und das ist ja der entscheidende Punkt, Herr Staatsrat, Sie haben das gesagt - nicht nur um Pfennige geht, sondern um den Auftakt, darum, wie der Senat selbst mit dieser zentralen Frage der Euro-Umstellung umgeht und wie weit er in der Lage ist, entweder misstrauensbildend zu wirken, und das war der schlechte Auftakt, den Sie hingelegt haben, oder aber durch vernünftiges Umgehen vertrauensbildend zu wirken. Das ist so wichtig, dass wir das hier auf jeden Fall debattieren wollten.

Es liegt ein Vorschlag vor, der im Einzelnen plausibel ist. Ich möchte nur über diese beiden Einzelfälle hinaus doch noch einmal auf eines hinweisen, weil wir in der März-Debatte ja genau dies hier thematisiert hatten: All die Gefahren haben wir hier dargelegt. Sie haben uns hier ziemlich arrogant abgebügelt, haben gesagt, nein, das kann hier nicht passieren, bei uns läuft alles glatt. Das Gegenteil ist passiert, genau das, was wir vorausgesagt, befürchtet haben, ist eingetreten. Deswegen lassen Sie mich den zweiten Punkt, den wir genannt haben, hier vielleicht noch einvernehmlich machen!

Wir bestehen darauf, dass die Lesung heute unterbrochen wird. Auch bei dem zweiten Gesetz, das im Landtag auf der Tagesordnung steht, bestehen wir darauf, dass zwischen erster und zweiter Lesung eine Unterbrechung stattfindet, dass beides im Haushalts- und Finanzausschuss beraten wird. Wir raten dringend, dass wir das Gesamtpaket wirklich würdigen. Natürlich wird es in dem einen oder anderen Fall sinnvoll sein, dass man auch einmal eine Aufrundung macht, ich schließe das natürlich nicht aus, das kann man bei dieser Vielzahl von Dingen nicht ausschließen. Da muss aber dieses Haus, die Bürger müssen sehen können, dass es ein Gesamtpaket gibt, wo es im Schnitt dann für sie möglichst gut ausgeht und nicht alles nach oben gedrückt wird, das kann einfach nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen bitte ich, wenn wir die Lesung heute unterbrechen und das andere morgen überweisen, darum, dass der Haushalts- und Finanzausschuss das dann wirklich möglichst mit der Einbringung des Haushalts im September berät, dass man das gemeinsam beraten kann, denn wenn es dann nicht geht zur einen oder anderen Seite ganz haushaltsneutral, dann muss das mit dem Haushalt zusammen beraten werden. Wir bitten Sie noch einmal darum, dieses Verfahren mitzumachen. Von der Sache her signalisieren wir Zustimmung zu diesem neuen Vorschlag, und vom

Verfahren her beantragen wir Unterbrechung dieser Lesung und Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich kann es für meine Fraktion kurz machen. Wir werden der Überweisung selbstverständlich zustimmen und werden uns auch im Haushaltsausschuss der Frage stellen, wie es generell mit diesen Umstellungen ist. Ich glaube auch, dass es Sinn macht, dass man sie dann vielleicht auch gebündelt bekommt und nicht kleckerweise jedes einzelne Gesetz.

Was ich an dieser Stelle auch noch sagen möchte, ist, es hat nicht erst einer Intervention der Grünen bedurft, um auf diese missliche Lage, was die Aufrundung anbelangt, aufmerksam zu machen. Es ist richtig, wir haben hier diskutiert, und wir können nicht einerseits verurteilen, wenn Geschäfte den Verbraucher jetzt schon abstrafen und Preiserhöhungen im Hinblick auf die Euro-Umstellung vornehmen, die dann natürlich überhaupt nichts damit zu tun hat, und selbst sind wir dann in solchen Bereichen unsensibel.

Ich denke aber auch, und das müssten wir gerade auch als Haushälter berücksichtigen, wenn wir alle Gesetze und alle Gebührentatbestände durchforsten, gibt es natürlich auch noch andere Gründe, die vielleicht dazu führen können, dass es geboten ist, die eine oder andere Gebühr auch einmal zu erhöhen oder zu verringern, wie auch immer. Ich denke, dass man auch da dann aber keine Angst haben darf und auf bestimmte Sachen einfach verzichten sollte, nur weil es zeitgleich auch eine Einführung des Euro gibt.

Was die Hundesteuer als Sache anbelangt, hätte ich mir jetzt, wo eindeutig auch klassifiziert wird, was überhaupt ein Kampfhund ist oder nicht - wir haben das Ortsgesetz vorliegen -, auch vorstellen können, dass man in Zusammenhang mit dieser Vorlage, vielleicht gelingt uns ja auch noch ein Antrag, an dieser Stelle für diese bestimmte Art von Hunden eine andere Steuer beziehungsweise eine andere Höhe von Steuern erhebt oder, was vielleicht effektiver wäre, darüber nachdenkt, ob der Tatbestand der Steuerbefreiung für diese Art von Hunden zum Beispiel nicht greift. Das wäre, denke ich, eine Maßnahme, die uns in vielen Gebieten hilfreich sein könnte. Solche Diskussionen um einzelne Steuertatbestände dürfen einfach nicht tabu sein.

Ich gehe davon aus, dass wir im Landtag nicht mehr über die Vergnügungsteuer diskutieren. Ich denke, es ist ein ganz anderer Bereich, und bei der Vergnügungsteuer sollte man da vielleicht wirklich noch einmal überlegen, ob es da geboten ist, eine Steuerentlastung vorzunehmen. Erstens gibt es eine ganz gute Verwendung der Steuereinnahmen, die wir in diesem Bereich erzielen. Zweitens sollte man an dieser Stelle auch noch einen weiteren Aspekt betrachten. Es gibt eine Bewegung hin zu Geräten, die gewaltverherrlichend sind und ähnliches, wo Bremen noch lange nicht im obersten Drittel der Städte ist, was die Gebühren für bestimmte Arten von Automaten anbelangt. Ich denke, wir sind Sanierungsland, und da muss es dann auch erlaubt sein, sich das in so einem Zusammenhang noch einmal genauer anzuschauen. Das hat aber dann nichts mit der Euro-Umstellung zu tun, und das muss in allen Vorlagen auch ganz klar differenziert werden. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es vorwegnehmen, auch wir werden der Unterbrechung zustimmen, insbesondere auch deswegen, weil uns signalisiert worden ist, dass es keine zeitlichen Probleme gibt bis zum 1. Januar 2002. Insofern gibt es da an dieser Stelle kein Problem. Ich möchte nur noch feststellen, dass ich insgesamt diese Maßnahmen, die jetzt laufen, für richtig halte, weil sie recht frühzeitig ins Leben gerufen worden sind, um eben im Hinblick auf den 1. Januar 2002 alle Umrechnungsnotwendigkeiten erledigt zu haben.

Die Frage, ob hier im konkreten Fall der Hundesteueraufrundung nun der Euro beschädigt worden ist oder nicht oder es möglicherweise wäre, das lasse ich einmal dahingestellt, das ist sicherlich eine individuelle Wertung. Gleichwohl ist ja nun der Senat diesem Signal der Grünen nachgekommen, und das ist ja auch in Ordnung so.

Im Übrigen weise ich darauf hin, Herr Dr. Kuhn, das Aufrunden ist ja im Vergnügungsteuergesetz zum Teil bereits vorgesehen, da wird sowohl auf als auch abgerundet. Unter dem Strich ergibt sich aber noch eine Entlastung der Steuerzahler, und insofern, glaube ich, ist auch das in Ordnung. Ich darf dann hier an dieser Stelle schon schließen mit der Feststellung, dass der Staatsrat hier einleitend in der Tat den Wind aus den Segeln genommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist gemäß Paragraph 53 unserer Geschäftsordnung die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss beantragt worden.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, die Sitzung der Stadtbürgerschaft ist geschlossen. Wir sehen uns morgen früh um zehn Uhr wieder zur Sitzung des Landtags.

(Schluss der Sitzung 16.40 Uhr)